

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonntags.  
Jährlich 150 Nummern.

für  
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 24. Dezember 1903.

№ 149.

**Achtung!** Bestellungen auf das I. Quartal des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

## Zur Ärztebewegung!

„Suum cuique.“

Während nach einer kürzlich erfolgten Veröffentlichung des Leipziger Wirtschaftsverbandes in 23 Städten Deutschlands Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen schwebten, zählt die Nr. 140 des Corr. (Leitartikel: Zur Ärztebewegung) solcher Drischaffen bereits 42 auf, dazu noch 10, in denen Verhandlungen schwebten. Zweifellos ist diese Zahl noch nicht erschöpfend und stehen wir somit einem erheblichen Vorgehen der deutschen Ärzteschaft gegenüber. Wenn die Redaktion des Corr. meint, aus der Neufassung des „Gewerkschaftsführers par excellence“, Herrn Dr. Hartmann-Leipzig, „Die Tendenzen des Ärzteverbandes seien auf den Frieden gerichtet, nur das Recht der Selbsthilfe ließen die Ärzte sich nicht nehmen“, Klinge für nicht ganz einfältige Menschen“ deutlich die Parole heraus: „Si vis pacem, para bellum“, so vermag ich auch darin selbst zutreffendfalls um so weniger etwas Unrechtes zu erblicken, als „die Ärzte es ja mit ihrer Bewegung zugunsten einer gründlichen Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse den Arbeitern getreulich nachgemacht“, wie der Corr. zugibt. Sehen wir uns also die Forderungen der „Jünger Nestlupas“ etwas näher an. Dieselben sind:

1. Freie Arztwahl durch die Kassennitglieder;
2. Ständesgemäße Honorierung;
3. Bildung von Kommissionen (zu gleichen Teilen aus Ärzten und Kassenvorstandsmitgliedern mit einem neutralen Vorsitzenden) zur Prüfung von Beschwerden der Ärzte einerseits und der Kasse resp. ihrer Mitglieder andererseits.

Was zunächst Position 1, freie Arztwahl, betrifft, so bildet sie bekanntlich den Kardinalpunkt der ärztlichen Forderungen und nimmt infolgedessen in den Erörterungen den breitesten Raum ein. Der Begriff der freien Arztwahl ist kein absoluter; er ist so zu verstehen, daß die

Kassennitglieder unter den Ärzten die freie Wahl haben sollen, die sich der Kassenpraxis zur Verfügung stellen. Ich kann nun zwischen diesem Begriffe und dem der „beschränkt freien Arztwahl“\* keinen erheblichen Unterschied erblicken; im Gegenteil: hat man einmal das Kassen-(Zwangs-)Arztprinzip aufgegeben — und das ist heute allenthalben der Fall —, so ist die Wahl im weiteren Sinne die logische Konsequenz; die beschränkte Wahl bedeutet ein Stehenbleiben auf halbem Wege. Als Freund der freien Arztwahl habe ich es mir nun angelegen sein lassen, eifrig die bez. Verjammungen zu besuchen, die einschlägige Literatur — soweit sie mir zugänglich — zu beachten usw., um die Einwände der Gegner kennen zu lernen und zu prüfen: ich muß gestehen, dadurch nichts weniger als eines bessern überzeugt worden zu sein. Sämtliche Gegner erkennen die freie Arztwahl grundsätzlich wohl als erstrebenswert, als Ideal an, nur befreiten sie die praktische Durchführbarkeit. Aber auch in dieser Richtung habe ich den Nachweis vernimmt. Als Gründe der Undurchführbarkeit hört man allenthalben nur „Simulation“ und „Steigerung der Ausgaben für Medizin und Heilmittel ins Unendliche“ anführen. Ich verkenne nun diese Schwierigkeiten beispielsweise für große Ortskassen (für Betriebskassen halte ich sie überhaupt nicht vorliegend) keineswegs, aber daß sie nicht wenigstens in erheblichem Maße zu reduzieren sein sollten, will mir auch nicht einleuchten. Zunächst ist hier ein wesentliches Moment, daß die Ärzte, welche die „freie Wahl“ so beharrlich fordern, dadurch auch selbst ein großes Interesse daran haben, den mit der Erfüllung dieser Forderung verbundenen Mißständen auf den Leib zu rücken und deshalb wohl hauptsächlich stellen sie auch die dritte Forderung; sie werden schon selbst, um ihre Forderung nicht zu diskreditieren und so den Gegnern derselben Wasser auf ihre Mühle zu liefern, diejenigen ihrer Standesgenossen, die, um Patienten anzulocken, es etwa mit dem Verschleimen der Arbeitsunsfähigkeit oder mit dem Berordnen von Medikamenten usw. weniger skrupulös nehmen sollten (es liegt mir gewiß fern, deren Existenz zu leugnen, unlaute Subjekte gibt es in jedem Stande), zu reifizieren bestrebt und vermittelst ihrer straffen Disziplinierung wohl „beschränkte Arztwahl“; denn „beschränkt“ und „frei“ in einem Begriffe zu vereinen, ist u. E. ein Un Ding.

ganisation imstande sein. Und wenn andererseits die „Couponjäger“ einmal wissen, daß ihr Treiben der Kontrolle durch die gedachte Kommission unterliegt, so werden sie schon vorichtigter sein; denn sie müssen sich doch selbst sagen, daß das „Auf-die-Finger-Klopfen“ auf die Dauer nicht standhaft und notwendigerweise zu weiteren Maßnahmen führen muß. Vielleicht ließe sich auch das Couponssystem durch ein besseres ersetzen.

Meines Erachtens wird überhaupt viel zu wenig Gewicht auf die grundsätzliche Seite der Frage gelegt. Hat man einmal die freie Arztwahl im Prinzip als richtig und erstrebenswert anerkannt, so muß man eben das Bestreben auf die Beseitigung bzw. Minderung der entgegenstehenden Hindernisse richten, statt das Kind mit dem Bade auszuschütten. Man geht ganz gewiß fehl, wenn man glaubt, die Anhänger der freien Arztwahl nur in ärztlichen Kreisen suchen zu müssen: nein, auch die weitest größte Mehrzahl der Kassennitglieder wünscht dieselbe und wenn das nicht mehr in die Erscheinung tritt, so kommt dies daher, weil der eine Kontrahent in der in Rede stehenden Bewegung den Ärzten gegenüber bisher nur die Kassen vorstände waren, wie überhaupt der ganze Kampf nur ein solcher der Kassen vorstände — und nicht der Kassennitglieder — gegen die Ärzte ist und damit haben wir auch den wirklichen Grund des Sträubens gegen die Einführung der freien Arztwahl; die Undurchführbarkeit ist nur der vorgeschobene. Die Kassenvorstände haben bei dem bisherigen System die Kasse vollständig in der Hand und können ihnen ihre „Macht“ auf die verschiedenste Weise fühlbar machen und leider nur zu oft liefern sie den Beweis, daß der Arbeitnehmer der miserabelste Arbeitgeber ist. Vollständig auf den Kopf stellt daher die hiesige Rheinische Zeitung die Sache, wenn sie in Nummer 281 schreibt:

„Wir haben übrigens die Ueberzeugung gewonnen, daß es den Ärzten — wenigstens ihren führenden Leuten — keineswegs um ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Krankenkassen, sondern vor allen Dingen um die Befriedigung höchst verwerflicher Machtgelfüste zu tun ist. . . . Hier wird versucht, das Interesse weniger einzelner über das Interesse der großen Masse, ja der Allgemeinheit zu stellen und da heißt es: Stopp! . . .“

## Du fröhliche, o du selige . . .

Winterstimmung: eine zarte, weiße Decke auf Feld und Flur, leichter Frost, Rabenschwärme und Rabengekreisch; Abenddämmerung. Weit und breit kein Mensch, nur ein einzelner Wanderer zieht eilenden Schrittes, zeitweilig erschöpft einhaltend, die Straße. Er muß die nicht mehr ferne Stadt noch erreichen, ehe die Dunkelheit vollends hereinbricht.

Ein Seufzer schwer und bang entquillt der Brust des dahinschreitenden Mannes. — Wie anders doch damals, vor mehr als zwanzig Jahren! Ja, das war eine Zeit, als er im fröhlichen Frühling, den Kopf voll von klühnen und hochfliegenden Plänen, in kraftvollem Jugenddrange dieselbe Straße zog; damals war alles Sonnenschein! Vordem hatten zwar auch Schatten gelagert, doch jetzt war alles dunkel und trübe um ihn her, Kummer und Sorge seine Begleiter.

Von der Waisenanstalt nach dem kleinen entlegenen Städtchen in die Lehre zu einem rohen Patron, einem Verbringzüchter und Schinder argster Art, der bebott und frömmelnd nach außen ein brutaler, jähwüthiger Mensch seiner Familie und seinen Leuten war — und gar erst den armen Beschlingern! Punkt 6 Uhr früh mußte ange treten werden, dann ging es fast ohne Pausen, kaum so viel Zeit, um die geradezu jämmerliche Post zu verschlingen, bis abends spät, manchmal auch tiefer in die Nacht hinein. Und zudem Schläge, harte unarmherzige Schläge bei jeder Kleinigkeit.

Wie hatte der fromme, bei den Honoratioren des Ortes groß angeschriebene Mann einmal einen seiner kleinen Lebensgenossen, der ebenfalls Waise und für unsern Beruf eigentlich viel zu schwächlich, mißhandelt, als der arme Kerl ein paar Beilen weniger gefest wie es das vorgezeichnete tägliche Pensum ausmachte.

Er konnte heute noch nicht den Anblick vergeffen, wie sein kleiner Freund nach dem mit voller Wucht in das

Gesicht geführten Schläge aus Nase und Mund blutend ohnmächtig am Boden lag; eine häßliche Szene. Dazu das wüste Geschimpfe, die rohen, herzlosen Worte des Prinzipals, dessen Mund in anderer Gegenwart so schön, so menschenfreundlich reden konnte. —

Doch eines Tages hatte auch diese Leidens- und Schredenszeit ein Ende. Der Ausgelernte mußte sofort einem andern Waisenknaaben weichen — einem so frommen Manne überhaupt gibt man ja gerne solche armen verlassenen Vorhülfe.

Sein Vormund, ein ehrbarer Meister der Nadel in einer größeren Stadt, nahm sich des jungen Menschen an. Der Faktor Schütze im dortigen Generalanzeiger, der mit demselben in einem Gesangsvereine, hatte versprochen, des Freundes Müdel einzufüllen; später sollte er sich dann Wind und Wetter um die Nase wehen lassen.

Hier in dieser neuen Umgebung ging ihm nun erst ein Ahnen auf von Menschenwürde und Menschenrecht. Da er gut veranlagt, ergänzte er bald, was ihm in jener Lehrlingszuchanstalt nicht beigebracht war und auch nicht beigebracht werden konnte. Sein bescheidenes und gefälliges Wesen machte ihn bei den alten wie bei den jungen Kollegen beliebt und als er Mitte Mai des anderen Jahres dann selbst kündigte, wandte der sehr gesprächige und freundliche Faktor viel Worte auf, um ihn, den jungen Kollegen, zu halten. Doch er blieb fest; er wollte hinaus, wollte Land und Leute sowie die Schönheiten der Natur kennen lernen und sich selbst noch weiter bilden. Durch sein Gehen rettete er auch einem andern Kollegen für den Sommer die Kondition, ihm stand ja die Welt offen und weit und stehend der Verband zur Seite.

Wie fröhlich lang er damals dann auf dieser selben Landstraße mit ebenjo lustigen, ebenjo sorglosen, jugendlich-übermüthigen Gesellen:

Wie hat es Gott so schön bedacht,  
Daß er die Wanderbüchse macht,  
Denn wenn kein Wanderbüchse wär,  
Wo käm das liebe Wandern her!

Nach vielem Hin und Her, nach langen Wanderungen innerhalb und jenseits der deutschen Grenzpfähle, bald hier kürzere, dort längere Zeit konditionierend, hatte er das Monatsende satt und nicht ungeru folgte er nach reichlich sechs Jahren einem Rufe seines alten Faktors; sein Vor mund und Onkel hatte natürlich wieder den Anstoß dazu gegeben.

Er war ein fleißiger und sehr tüchtiger Arbeiter geworden. Nach Jahr und Tag führte er dann ein hübsches und braves Mädchen als sein Weib heim, so eine Art stiller Jugendliebe aus der Zeit seines erstmaligen Aufenthaltes in S.

Jahre kamen und Jahre gingen, Gutes und Schlechtes bringend. Schlechtes insofern, als sich bei ihm erst ganz unauffällig und darum nicht bemerkt ein Brustleiden eingestellt hatte. Nicht gerade bedrohlich, aber doch den Himmel etwas bewölkt, der bis jetzt dieser glücklichen, durch zwei reizende Kinder verschönten Ehe so heiter gelacht hatte. Sonst hatte er über nichts zu klagen; seine Stellung war verhältnismäßig gut bezahlt, das Arbeiten angenehm und er angesehen und geachtet von Prinzipal und Faktor.

Da wurde eines Tages die lang gehegte Befürchtung wahr: die Druckerei war verkauft, der alte kinderlose Prinzipal wollte sich zur Ruhe setzen. Der neue Inhaber sollte kein Fachmann sein und sich schon in anderen Unternehmungen mit keineswegs guten Erfolgen versucht haben.

Der Abschied des alten Chefs vom Personale war ein wirklich herzlicher. Es hatte ja nicht das kalte, weisens fremde Verhältnis bestanden, wie es heute die Begriffe Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Regel gelten lassen. Das war noch ein alter von der Pflanz gebieter Buch drucker, der Leid und Freud des Buchdruckerlebens aus eigener Erfahrung kennen gelernt und deshalb Entlassungen nur im äußersten Notfalle vornahm; entgegenkommend und hilfreich, wo die Not anpochte und fröhlich unter

Nein, verehrte „Rheinische“, umgekehrt wird ein Schuß und zwar ein guttender, passender Schuß daraus. Nicht den Ärzten, sondern den Kassen vorstünden ist es „um die Befriedigung höchst verwerflicher Machtgelfüste zu tun“, welche Ueberzeugung ich gerade in den Zusammenkünften der hiesigen Kassenvorstände — an welchen nur Kassenvorstände, also weder Ärzte noch Kassenmitglieder, teilnahmen — gewonnen habe. Ich bedaure, aus diskretionären Gründen nicht diesbezüglich nicht näher auslassen zu können (die Verhandlungen der Kassenvorstände sind nicht veröffentlicht worden), aber auch aus den erwähnten Ausführungen der H. Bg. dürfte das für jeden Vorurteilslosen hervorgehen. Denn beispielsweise die Behauptung, „es gebe unter den Herren (Ärzten) Elemente, die, wie die Unternehmer Herr im Hause so als Ärzte die Herren in der Krankenkasse sein und bleiben wollen“ (1), ist doch zu naiv — ja geradezu risikofill — als daß sie bei ernsthaften Menschen verfangen könnte. Und wenn einmal unter den sämtlichen Kassenmitgliedern hinsichtlich der freien Arztwahl eine Abstimmung herbeigeführt würde, so fürchte ich, würde sich auf andre Weise zeigen, „wo versucht wird, das Interesse weniger einzelner über das Interesse der großen Masse zu stellen“. Die „Befriedigung verwerflicher Machtgelfüste“ den Kassen gegenüber ist den Ärzten einfach nicht möglich und soweit sich die „Machtgelfüste“ auf ihre Organisation beziehen, sind sie berechtigt und ist ihnen Erfolg zu gönnen und zu wünschen. Und wenn sie dann vermittels ihrer „machtvollen“ Organisation die freie Arztwahl „durchzürden“ sollten, so wäre das meines Erachtens um so weniger schlimm, als, wie gesagt, damit auch „dem Interesse der großen Masse“ der Kassenmitglieder gedient und nur „das Interesse weniger einzelner“ keine Berücksichtigung fände. Offenlich finden sich dann auch noch Mittel und Wege zur „Durchführbarkeit“\*\*, wenn diese dann auch mit einer (verhältnismäßigen natürlich) Steigerung der Ausgaben verknüpft sein würde. Ohne Mehrausgabe geht es ja doch auf keinen Fall ab; also immerhin besser Mehrausgabe mit freier Arztwahl als solche ohne diese.

Gegen die zweite Forderung nun, „standesgemäße Honorierung“, läßt sich meines Erachtens grundsätzlich ebensowenig einwenden; nur kann man über den Inhalt des Begriffes verschiedener Meinung sein. Auch ich halte den Sprung von 3 auf 5 bzw. 6 Mk. (also eine Erhöhung um 66% bis 100 Proz.) auf einmal für zu groß, glaube aber auch, daß man ärztlicherseits hier Entgegenkommen bekunden würde, wenn die Kassen solches bezüglich der ersten Forderung zu zeigen beliebten. Den von den Ärzten hier konstruierten Unterschied zwischen Ortskrankenkassen einerseits und Betriebs- und Zimmungskrankenkassen andererseits vermag ich allerdings ebenfalls

als nicht berechtigt anzuerkennen, da (vom ärztlichen Standpunkte aus betrachtet) das Material der ersten weniger einwandfrei sein dürfte als dasjenige der letzteren. Auch die Begründung dieses Unterschiedes (Ersparung der Verwaltungskosten) halte ich nicht für stichhaltig, da bezüglich der ärztlichen Honorierung doch die Leistungen maßgebend sein sollen und nicht der Stand der Kasse; andernfalls müßte ja die Honorierung überhaupt sehr verschieden gestaltet werden. Wenn aber die Corr.-Medikation darauf hinweist, daß in Köln 5 bis 6 Mk. pro Kopf und Jahr gefordert werden, während die Ärzte in Bonn eine Kopprate von 3 Mk. für „standesgemäß“ halten, so ist in Betracht zu ziehen, daß die Ärzte in Bonn dem Druck der Verhältnisse nachgeben müssen, insofern die Unversitätsklinik zwecks Erlangung von „Material“ unentgeltlich behandeln. Mögen aber auch die Ansichten über die Höhe der Pauschalsumme auseinandergehen, daß „standesgemäß“ honoriert werden muß, wird kaum zu leugnen sein. Wenn eine Kasse die Leistungen, die sie in Anspruch nimmt, nicht billigerweise vergüten kann, so ist sie ebensowenig existenzberechtigt wie etwa der Arbeitgeber, der berechtigte Lohnforderungen seines Personales mit der Begründung ablehnen wollte, er sei dazu nicht in der Lage; träge letzteres zu, hätte er eben kein Recht, Arbeitgeber zu sein und müßte zur Klasse der Arbeitnehmer „herabsteigen“. Auch die Corr.-Medikation erkennt ja an, daß, wenn auch gegenüber der ärztlichen Behauptung, die Bezahlung der Krankenkassen erziele bei weitem nicht die Minimalanfätze der staatlichen Tage\*, zu beachten bleibe, daß es sich hierbei stets um Eingekassierte, mit den Kassen aber um ein Geschäft im großen handle (wofür in aller Welt Rabattfäße üblich), so doch in diesem Punkte (der „standesgemäßen Honorierung“) den ärztlichen Forderungen Rechnung zu tragen sei usw. Gegenseitige Verständigung wird also hier der beste Ausweg sein und ich habe schon angedeutet, daß den Anzeigen gemäß die Ärzte in diesem Punkte zu Verhandlungen und Konzessionen bereit sein werden.

Was endlich die dritte Forderung anbelangt, so scheint mir diese mehr dem Interesse der Krankenkassen wie dem der Ärzte zu entsprechen und von den letzteren nur als Konsequenz der ersten Forderung gestellt worden zu sein. Es ist eine Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit, gegen die sich wohl keinerlei etwas einwenden lassen wird und — soweit ich wahr genommen — auch keinesfalls Bedenken erhoben worden sind (in Köln wenigstens wurde sie glatt akzeptiert). Sie widerlegt übrigens schlagend die Behauptung des vorhin zitierten Berichtserstatters der Rhein. Bg., daß es den Ärzten um die „Befriedigung höchst verwerflicher Machtgelfüste“ zu tun sei und wenn es weiter a. a. O. unmittelbar an diesen Satz anschließend heißt:

„Der Akademiker, der patentierte und diplomierte Staatsbürger sitzt den Herren im Rad; sie lehnen sich auf wider die Gleichberechtigung mit — um ein in letzter Zeit in diesen Kreisen viel gehörtes Wort zu zitieren — irgend einem Schuster oder Schneider“, womit sie die Kassenvorstände meinen. Es gibt unter den Herren Elemente, die sich für zu gut halten, mit den Arbeitern in einem auf Gleichberechtigung fußenden Vertragsverhältnisse zu stehen . . .“

\* Gemäß eines Schreibens des Vertrauensausschusses der Ärzte von Köln und Mülheim a. Rh. an den hiesigen Krankenkassenverband würde das Honorar nach der neuen Forderung 554.500 Mk. gegen 345.500 Mk. im Vorjahre betragen, also eine Erhöhung um 68 Proz. bedeuten, welche aber immer um etwa 50 Proz. hinter der gesetzlichen Tage zurückbliebe.

so wird diese Behauptung eben durch die dritte Forderung vollständig Lügen gestraft, denn hier bieten die Ärzte sich ja an, mit den Arbeitern, „mit Schültern und Schneidern“ in „ein auf Gleichberechtigung fußendes Vertragsverhältnis“ zu treten.

Zum Schluß noch einige Betrachtungen genereller Natur. Im Verlaufe des Streites zwischen Ärzten und Krankenkassen, wenigstens am hiesigen Plage, bin ich, wie vorhin bemerkt, zu der Ueberzeugung gekommen, daß man von Anfang an die Forderungen der Ärzte nicht mit der erforderlichen Objektivität, sondern mit einer starken Dosis Antipathie behandelt hat. Man hat gar zu sehr außer acht gelassen, daß die Ärzte, indem sie ihr Verhältnis mit den Krankenkassen kündigten, um bessere Arbeitsbedingungen zu stipulieren, lediglich von ihrem guten Rechte Gebrauch gemacht haben und das sollte ihnen kein Vorurteilstoß, am wenigstens aber ein organisierter Arbeiter verdienen. Man muß ferner in Betracht ziehen, daß besonders die medizinische Wissenschaft bei ihrem heutigen Spezialisierungssysteme ihren Praktikern nach dem Studium die Etablierung, sofern sie „auf der Höhe der Zeit“ stehen wollen, äußerst kostspielig macht. Erst kürzlich noch war ich Zeuge, als ein Augenarzt sich anfänglich eines einzelnen Falles ein Instrument (Niesenmagnet) im Werte von ungefähr 1000 Mk. zu beschaffen genötigt war, dessen er nach eigener Aussage vielleicht in seiner ganzen späteren Praxis nicht mehr bedarf. Auch die Befahrung der Corr.-Medikation, daß „von allen Studienfächern das medizinische das am schnellsten sich rentierende sei, kein anderer gelehrter Beruf so frühzeitig eine eigene Existenz gestatte“, ist nicht richtig. Bezüglich des Referendar- und Altesforwens mag dies zutreffen; aber der Rechtsanwalt kann doch „ebenso reich in seiner Praxis sitzen“ wie der Arzt und der Theologe zum Beispiele braucht auch wohl nicht zu lange auf eine Anstellung zu warten. Wie mancher junge Arzt aber muß jahrelang herumirren, hier und dort sich niederlassen und wieder neue Versuche machen, bevor es ihm gelingt, sich eine ausreichende Existenz zu erringen.

Auch ich vermag mich nicht zu der Ansicht aufzuföhnen, daß selbst die vollständige Realisierung der ärztlichen Forderungen „die jegliche Misere zu beseitigen“ geeignet sei, aber das ist auch „vom kasistenthischen Standpunkte aus“ nebensächlich. Mögen die Ärzte sehen, wie sie damit fertig werden; für uns kommt nur die Frage in Betracht: Sind die ärztlichen Forderungen berechtigt? Ich siehe nicht an, diese Frage, sofern sie sich in der eingangs erwähnten grundsätzlichen Form präsentiert, zu bejahen und zwar in allen drei Punkten.

Wenn die Bewegung zu Gunsten der freien Arztwahl, die meines Wissens bis zu Anfang der neunziger Jahre zurückreicht, die Ärzte zu einer festen Organisation zusammengeführt hat, so ist das für mich um so mehr ein weiterer Beleg für den gefunden Kern ihrer Forderungen, als, wie der Corr. richtig bemerkt, diese Organisation „eine Vertretung ausgeprägtester materieller Interessen ist, bei welcher politische Nebenbestrebungen und Rücksichten vollständig ausbleiben.“ Gerade vom Arbeiterstandpunkte aus halte ich daher auch Nebenbedingungen, wie die, daß „... in einigen Städten die Ärzte mit ihren „wohliberlegten und berechtigten Forderungen“ durch Aufheben der Pistole „durchgebrungen“ seien, für ebenbürtig, wie wenn die H. Bg. (resp. ihr Artikelsschreiber, hinter dem ich nach Ton und Stil ein Kassenvorstandsmittglied der gekennzeichneten Spezies vermutete) triumphierend ausruft: „Wir wissen, daß für die Krankenkassen

\* Schon in einer von Dr. C. Sölger und Dr. Meltrun 1896 herausgegebenen Broschüre („Die freie Arztwahl in Köln“; Köln, Mühlbach & Sohn) heißt es auf Seite 5: „Auf der andern Seite wieder war es nicht zu bezweifeln, daß die Kassenzürge gar nicht so selten seitens der Kassenvorstände und namentlich der mitunter zu einer eigenartigen Machtposition emporgelohenen Kassenrentanten eine recht wenig entsprechende Behandlung sich gefallen lassen müßten . . .“ Der Berichtserstatter der Rhein. Bg. hat also einfach „retourcité“.

\*\* Wenn es Kassen gibt, die mit der freien Arztwahl schlecht gefahren sein wollen, so beweist das an sich noch nicht die „Undurchführbarkeit“, denn solche Kassen werden es immer geben, auch ohne freie Arztwahl. Das es übrigens um die Undurchführbarkeit nicht gar so adroit bestellt ist, zeigen die Berichte der Vertreter verschiedener Kassen, die bereits seit Jahren mit der freien Arztwahl gute Erfahrungen — auch in finanzieller Hinsicht — gemacht haben; hier am Plage z. B. die Betriebskrankenkasse der Stadtlichen Gas- Elektrizitäts- und Wasserwerke, die Betriebskrankenkasse der Firma M. Dümont-Schauberg (Köln. Bg.), die Ortskrankenkasse für Buchbinder und Schriftsetzer usw.

den Fröhlichen, deren Vereinsfeste er nur ungern veräumte. —

Der neue Prinzipal kam; in seiner Begleitung ein Mann, der als Obermaschinenmeister vorgestellt wurde, auf alle aber den Eindruck des künftigen spiritus rector machte. Sogleich hörte man auch viel raunen von der Aufschaffung von Sechsmaschinen.

Obwohl der neue Inhaber mit seinem ganzen Auftreten den Prototyp des modernen Fabrikanten verriet, ging es in der ersten Zeit trotz seiner geradezu ungläublichen Untertänigkeit in allen geschäftlichen Dingen, seiner widernatürlichen Rechtsaberei und der üblen Beratung durch den mitgebrachten Blutsatz noch leidlich.

In einem Zahltag jedoch nahe das Verhängnis: Mit Ausnahme von zweien sollten sämtliche Kollegen die Löhne auf das Minimum reduziert und die jetzt zum Minimum dastehenden zwei jüngeren Kollegen sollten um 3 Mk. im Lohne gekürzt, die Arbeitszeit aber um eine halbe Stunde über die tarifliche zulässige Zeit hinaus verlängert und eine strenge Arbeitsordnung mit einem leibhaftigen Strafgesetzbuche eingeführt werden. „Wenn es nicht paßt, kann gehen. Ich habe so viele Offerten! Und in 14 Tagen kommen die Sechsmaschinen.“

Alles Neben, alles Verhandeln nützte nichts. „Was kümmert mich Ihr Tarif! Ich zahle, was ich will — und wenn es nicht paßt, soll sich zum Teufel scheren!“ Ein unternehmerischer Vermittlungsversuch war ebenso ergebnislos. Die nützlichsten Liebenswürdigkeiten flogen auch den Beauftragten der Kollegen an den Kopf.

Als alles vergeblich trat der unter dem neuen Regimente fast ganz beiseite gedrängte Faktor hervor und rief mit lauter Stimme: „Nun, dann will ich der erste sein, der sich zum Teufel schert! In diese Räume, wo so lange Frieden und Eintracht gewohnt, ist mit Ihnen das Unheil eingezogen. Was Sie von uns verlangen, ist eines Buchdruckers unwürdig, wir weisen mit Entrüstung diese Zumutungen zurück. Holen Sie sich nur Ihre Schuster

und Stümper heran und werden Sie mit denen selig!“ — Sämtliche Kollegen folgten dem trefflichen Beispiele ihres Faktors und Freundes und manche bittere Bille mußten der neue Herr und sein Adjutant bei diesem „Generalsacke“ sowie während der Kündigungszeit noch schlucken. Im ganzen Ortsvereine aber fand dieses geschlossene und mannhafte Auftreten der fast sämtlich verheirateten Kollegen und Anerkennung.

Die Unverheirateten hatten schnell ihr Bündel geschnürt und waren — andre Städtchen andre Mädchen — nicht allzu schweren Perzens von dannen gezogen. Auch die anderen Kollegen hatten Unterkunft gefunden; nur er nicht, weil das Zusammenwirken einer heftigen Erklärung mit den Aufregungen dieser Zeit ihn auf einige Wochen bettlägerig gemacht hatte und als das überstanden, die Aussichten auf Kondition inzwischen durchaus schlechte geworden waren.

Inbes er wartete und wartete. Als sich dann immer noch nichts bot, sah er nach schweren inneren Kämpfen den Entschluß, nochmals sein Heil auf der Walze zu versuchen. Die paar Sparpfennige sollten nicht noch angegriffen werden durch ihn, die sollten zum äußersten Notbehelfe dienen. Er fühlte sich ja wieder wohl und munter, das ständige Ergehen in frischer Luft hatte ihn vollständig hergestellt und gekräftigt.

Er wollte nach D., dort mußte es doch Kunst geben; Reichstag und Landtag sollten eröffnet werden und dann die vielen Weihnachtsgannonen! Bekannte Kollegen hatte er ja auch dort. Und sein Weib war ja so fleißig, verbiente immer dazu; sie würde sich mit den Kindern schon ein paar Wochen durchschlagen, unterdessen hätte er gewiß wieder Kondition gefunden.

Dieser sein Plan wäre aber beinahe an dem Widerstande seiner Frau gescheitert. Sie wollte ihn nicht dem Wind und Wetter preisgeben, sie bangte um seine Gesundheit — sie fürchtete sogar das Schlimmste. Erst als er sie von der absoluten Aussichtslosigkeit, am Orte unter-

zukommen, überzeugt und ihr mit Aufwand aller Beredsamkeit über sein körperliches Befinden beruhigung verschafft hatte, willigte sie ein, wenn auch immer noch schweren Herzens.

Und dann kam der Tag der Trennung. Sein liebes Weibchen zeigte sich tapferer als er glaubte. Als er jedoch einen Augenblick allein im Zimmer und sein Kleinstes ihm mit geschäftiger Droherie den alten Wanderstab, seinen treuen Reisegefährten, aus der Kammer herbeischleppte und ihn mit nichtsahnender Fröhlichkeit anschauend sagte: „Da, Papa, adje gehen“, da war es aus mit seiner Standhaftigkeit und das Kind stürmisch an seine Brust pressend ließ er der Erregung und seinen Thränen freien Lauf. Bald darauf trat seine Gattin wieder in das Zimmer, das älteste Kind, ein Knabe, mit ihr. — Vater und Töchterchen spielten mit dem Stode, scherzend und lachend.

Dann eine stumme Umarmung von Mann und Frau, einen tüchtigen Schmatz von jedem Kinde und aus der Mutter zuckendem Munde die leisen Worte: „Papa kommt bald wieder!“

Das alles und mehr war dem einsamen Wanderer jetzt so durch den Sinn gegangen. Er befand sich in einer großen Aufregung, er fühlte seine Kräfte ermatten, er hatte sich zuviel zugemutet. Und dann waren seine Hoffnungen wieder selbgeschlagen. Er fand auch in D. nichts, was zu spät gekommen; alles besetzt, trotz allen Anfragens nichts zu finden. Nun war er schon vier Wochen unterwegs und in wenigen Tagen war Weihnachten — Weihnachten auf der Landstraße!

Es schneit ihm ins Herz; er hatte Weib und Kinder dahinten und mußte nun von einer Penne zur andern, mußte dort manches erleben, manches mitmachen, was jetzt doch seinem bessern Ich widersprach. — Ein heftiger Hustenanfall ließ ihn jetzt wieder Halt machen, er lehnte ermattet an einem Baume; er fühlte, wie die Kräfte

die Kratzfrage gelöst ist, bereits sind Verträge mit auswärtigen und zur Niederlassung in Köln bereiten Verträgen abgeschlossen; es ist für die Krankenkassen eine Kleinigkeit, die benötigte Anzahl voll zu besetzen." Ja, wenn wirklich, aber dann wie!

Nach meinem Dafürhalten werden diejenigen Ortschaften und Klassen am besten fahren, die sich nicht stricke auf den Kampfstandpunkt und den des „Gern im Hause“ stellen, sondern mit den Verletzen einen billigen Ausgleich suchen. Wir organisierten Arbeiter wissen doch, wie es um die Qualität derjenigen bestellt ist, die ihren um bessere Existenzbedingungen kämpfenden Berufsgenossen in den Rücken fallen, die Erfahrung ermächtigt uns hinlänglich zu einem Urteile über Fähigkeit und Charakter derartiger Elemente, wenn auch § 153 der G. O. oder gar die §§ 185 bis 188 des St.-G.-B. es gefährlich erscheinen lassen, sich immer der richtigen Bezeichnung zu bedienen.

Je mehr daher das „Carvete collegae!“ Berücksichtigung findet, um so weniger kann ich es mir versagen, dem ärztlichen Stande meine Hochachtung zu bezeugen; denn die geschlossene Befolgung der Parole „Sis vis pacem, para bellum!“ kann auch einem Gewerkschaftler nur Freude und Benützung bereiten und nicht genug zur Nachahmung empfohlen werden. Der (lateinische) Sinnprüfende so sehr liebenden Redaktion des Corr. (wie der Augenchein zeigt, ist der verehrte Kritikerfreund uns darin bedeutend über. Red.) — wie auch einer gewissen Parteipresse — möchte ich daher in dieser Frage zurufen: „Si tacuisses, philosophus mansisses!“ die Krankenkassenvorstandsmitglieder aber an die preussische Devise erinnern: „Nunc cuique!“

Köln. Raumanns.

## Aus dem Gewert- und Genossenschaftsleben.

Bielgestaltig waren die Ereignisse im Monate November. Sie alle in das Reich dieser Betrachtungen zu ziehen, ist eine schwierige Aufgabe, die nicht darstellbar wird, vergewaltigt man sich das Interesse, welches unsere schnelllebigen Zeitgenossen selbst den bedeutenderen unter den wirtschaftlichen und sozialen Fragen entgegenbringen. Und doch bedingt jede Erscheinung genaue Beobachtung, gibt jeder neue Vorgang in unserm Wirtschafts- und öffentlichen Leben der gewerkschaftlichen Taktik neue Anregungen, zum mindesten aber doch Gelegenheit zu Betrachtungen, die sich dann später zu zweckentsprechenden Schlussfolgerungen verdichten. So könnte man aus der gewiß nicht epochenmachenden Rede des Herrn v. Rottensburg, dem neuerdings mehr hervortretenden Sekundanten des Herrn v. Berlepsch, beim Rektoratsessen in Bonn manches Beachtenswerte herauslesen, gegen welche beiden Sozialpolitiker die jetzt regierenden Männer mit ihrem im Laufe des vergangenen Monats gehaltenen Reden nicht aufkommen können. Es ist überhaupt eine merkwürdige Beobachtung, daß deutsche Minister häufig erst sozial etwas angewärmer werden, wenn sie der Lucanus geholt hat. Der von der Arbeiterschaft mit großer Energie unternommene Angriff auf den Ektum des Klassenstaates hat noch keinen Erfolg gebracht, die

**Landtagswahlen in Preußen** sind für die Sozialdemokratie durchaus negativ ausgefallen, die Gegner des Frontwechsels gegenüber dem Dreiklassenwahlsysteme könnten über ihre optimistischen Gesinnungsgenossen also einen gewissen Triumph feiern. Mag man aber nun, diese oder jene Meinung vertreten, jedenfalls ist die

fermere Nichtvertretung der Rechte im Reichstische des preussischen Abgeordnetenhauses einer Sozialisierung der Klassenwahlbereiteretöpfe durchaus nicht förderlich. Man braucht sich nur der früheren Aeußerung eines national-liberalen Abgeordneten in dem seit einigen Jahren von allen wirklich oppositionellen Elementen gereinigten sächsischen Landtage erinnern, der da sagte: „Die Sozialdemokraten sind gewissermaßen das sozialpolitische Gewissen, das uns Unternehmern zeitweilig in die Seele blüht.“ Allerdings, das Parlament des führenden Bundesstaates hat jetzt ja einen selbstthätigen Arbeitervertreter in der Person des Herrn August Brust bekommen, welcher als Vertreter des Zentrums für den Wahlkreis Vorken-Redinghausen seinen Einzug in die noch unentwerteten Hallen der Leipzigerstraße halten wird. Ob aber der offizielle Leiter der christlichen Organisationen seinen gewerkschaftlichen immer mit dem Zentrumspunkt wird in Einklang bringen können, bleibt sehr fraglich; die sonstigen Erfahrungen mit Brust berechtigten nicht gerade zu großen Hoffnungen. Es ist, nachdem nun auch im Abgeordnetenhause Preußens ein Gewerkschaftsführer vertreten sein wird, jedenfalls von Interesse, ein

**Englisches Urteil über das deutsche Gewerkschaftswesen** zu vernehmen, wie es ein zu diesem Studium nach Deutschland gefandener Vertreter der Times in diesem Weltblatte abgibt. Der Spezialberichterfasser betont zunächst die engen rechtlichen Grenzen für die deutschen Gewerkschaftsorganisationen und meint, daß die deutschen Arbeiter sich deshalb um so eifriger der Politik zuwenden. „Dieser Punkt ist wichtig, denn obwohl die politische und wirtschaftliche Aktion dieselben Ziele verfolgen und obwohl die politische Aktion diese Ziele vollständiger realisieren kann als die wirtschaftliche, so arbeitet doch die politische Aktion viel ruhiger und greift weniger störend in die Industrie ein als die wirtschaftliche Aktion. Die eingezwängten Energien der organisierten Arbeiter finden dann ihren Abschluß beim Stimmkasten und nicht in der Fabrik.“ Die nachfolgenden Ausführungen und Behauptungen sind nicht minder interessant, wenn ebenfalls auch nicht immer zutreffend. Zunächst heißt es, die freien Gewerkschaften verfolgen die Mission, die Sozialdemokratie zu einer Reformpartei zu machen und dann wird gesagt: „Die freien Gewerkschaften werden gewöhnlich auch sozialdemokratische genannt, aber ihre Beziehungen zur Partei sind nicht klar festgelegt. Es scheint nur, daß beide einander suchen und sich gegenseitig beeinflussen. Die Gewerkschaften bilden große Organisationen, die vorzügliche Instrumente für politische Aktionen werden können, andererseits ist die sozialdemokratische Partei eine parlamentarische Macht, die sehr viel für die Gewerkschaften tun kann. Aber man muß beachten, daß in dem Maße, wie die Partei durch die Stimmen der Gewerkschaftler an Kraft zunimmt, sie auch langsam und widerwillig, aber sicher und unvermeidlich ihr Programm und ihre Taktik modifiziert. Die arbeitenden Klassen wollen ihre Lage verbessern durch Eroberung eines größeren Anteiles an allem, was das Leben leichter gestaltet. Aber sie wollen weder den Klassenkampf noch die Revolution, obwohl sicherlich einzelne Arbeiter an die ganze Theorie des Sozialismus glauben. Für diese Annahme spricht auch die Entwicklung der antisozialistischen Gewerksvereine. Diese Tatsache, verbunden mit dem bedeutungsvollen Umfange, daß die sozialdemokratische Partei ihre Haltung in dem Maße modifiziert als ihre Wahlerfolge zunehmen, zeigen ziemlich klar, wohin die Richtung geht. Die Arbeiter

wollen diese Dinge, die nichts mit der Bergesellschaftung der Produktionsmittel zu tun haben. Und sie werden diese Dinge erhalten, wenn nicht alle, so doch einige nach und nach. Und in dem Maße, wie die Arbeiter Konzeptionen erhalten, werden sie gemächlich den Klassenkampf samt der Bergesellschaftung der Produktionsmittel fallen lassen. Die Sozialdemokratie wird nicht die erste Bewegung sein, die vom Erfolge gestorben ist.“ In diesen Ausführungen ist, wie gesagt, manches Beachtliche enthalten und gibt daher dieses englische Urteil zum Nachdenken genügend Anlaß. Uns ist besonders der Satz aufgefallen von dem gegenseitigen Beeinflussen, dem wir nicht zustimmen können, weil es doch eine ausgemachte Sache ist, daß die sozialdemokratische Partei ihre Oberhoheit über die Gewerkschaften mit allen Mitteln feiner und je nachdem größerer Taktik durchzusetzen sucht und diesen Zweck auch da ohne viel Anstrengung erreicht, wo man erst zweimal Partei-genosse und nur ein meistens nur schwaches Mal Gewerkschaftler ist. Wir erwähnen nur die jetzt augenscheinlich wieder zunehmenden Versuche, zu den Gewerkschaften was für ihnenmal gestellte Parteigenossen als Kandidaten zuzulassen, gegen welche Beeinflussung — um bei dem englischen Urteile zu bleiben — man allerorten nachdrücklich protestieren sollte. So gleich es uns vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus ist, ob jener Holzarbeiter, Maler oder Schuhmacher oder dieser Kollege von uns ein frummer Sozialdemokrat, so entschieden müssen wir uns dagegen wenden, wenn allein diese Qualifikation zu irgend welchen Posten geeignet machen sollte; wir würden es aber auch nicht minder energisch zurückweisen, wenn man lediglich den Mitgliedern der stärksten deutschen Partei die Ämter veranlassen wollte, wie dies in anderer Beziehung die Hirsch-Dunckerianer mit ihrem bekannten Nerveje tun. Echtigkeit und Charakterfestigkeit soll in allen solchen Fragen nur die Entscheidung treffen und Toleranz gegen andere Anschauungen nicht die letzte Bedingung sein! Daß das englische Urteil mit der Unterscheidung zwischen den Rückwirkungen der politischen wie der wirtschaftlichen Arbeiterorganisation auf die Industrie zutreffend, daß der gewerkschaftlichen Vereinigung wegen ihres störenden Einwirkens von den Arbeitgebern mehr Besorgnis entgegengebracht wird als „der ruhiger sich abspielenden politischen Aktion“ das zeigte wieder die

**Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes im Baugewerbe**, welche Ende November in Stuttgart stattfand. Auch diese Tagung hatte wieder als Grundton den unerbittlichen Krieg gegen die Arbeiterkoalitionen. Was wurden da wieder für Machtmittel und Kraftproben gegen die verhassten Gewerkschaftsorganisationen empfohlen! In die Wollschucht mit Tarifverträgen, trotz deren wiederholter Empfehlung von seiten der Berliner und anderen; nichts da von Verhandlungen mit Arbeitern vor dem Einigungsamte. „Erklären wir uns damit einverstanden, dann ist der Sieg der Arbeitnehmer in den meisten Fällen gesichert“, diese Worte konnte unter frenetischem Beifalle der andächtigen Scharf-machergemeinde der Referent über das Kapitel Streiks und Ausperrungen ausbreiten. Ausperrungen größten Umfangs, in 30 Städten auf einmal, verlangte ein anderer Redner, dann würden die Mittel der Gewerkschaften bald ausgehen und in 14 Tagen wären die Arbeiter zur Strecke gebracht. Die in den 103 Streiks und Ausperrungen im Jahre 1903 (1902: 85) mit den Streikbrechern gemachten Erfahrungen, die laut einer Umfrage dieser selben Unternehmerorganisation direkt schlecht waren, wie die Antworten aus Berlin, Breslau, Köln, Kottbus, Dresden, Flensburg, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig und Wisa deutlich beweisen, vermögen diese Leute also nicht von weiteren Experimenten abgucken. Von der Regierung soll wieder ein besserer Arbeitswilligkeit verlangt werden (man denke an die drakonischen Breslauer Urteile gegen die Weidiger von Arbeitswilligen!), desgleichen die Einführung der Streikzins in alle Baugewerke. Ein weiteres Judicium sollen die zu errichtenden unparitätischen Arbeitsnachweise bilden. Man will damit nicht nur „die Agitatoren“ von den Hauptplätzen fernhalten, sondern durch diese Nachweise werden auch die so nützlichen arbeitswilligen Elemente unterkunft finden und so vor den „giftigen Einflüssen“ ihrer organisierten Kollegen geschützt werden. Die einzuführenden Entlassungsscheine werden dann das Lebrige tun. Bis zu dieser Sinnlosigkeit und Verbobtheit, die tatsächlich von Jahr zu Jahr eine Steigerung erfährt, läßt sich also das wohlgefügte und organisierte Unternehmertum eines Gewerbes verleiten, das dem anderen Branchen als Vorbild gilt. Der englische Beurteiler hat mithin vollständig Recht mit seiner Behauptung, daß man in England und Amerika eine solche Verständnislosigkeit nicht oder doch nur als Ausnahmeerscheinungen antreffen kann. Es ist ja eigentlich laßhaft, sieht man dieses Aufbäumen gegen alle Vernunft auf dem Stuttgarter Baugewerkschaftstage und vergegenwärtigt man sich daneben die im Baugewerbe sich ständig vollziehende Einbürgerung von Arbeitsverträgen. Die unter Leitung von Felsch und Gesinnungsgenossen unternommenen Vorstöße gegen die Arbeiterorganisationen ihrer Branche würden demnach in einem weit ungefährlicherem Maße erscheinen, wenn man nicht auch von anderen Unternehmerkategorien über den

**Abschluß von Tarifverträgen** Dinge hören würde, die denn doch nicht ohne Belang sind. So schrieb erst neulich die Arbeitgeber-Zeitung in dieser Beziehung: „Ein weiterer Grund für die Ablehnung von Tarifverträgen besteht für die Fabrikanten darin, daß sie sich nicht von unberufenen Dritten in ihre Angelegenheiten hineinreden

schwanden. Gewiß, die Nahrung war nicht reichlich genug, er darbe von seinen Tagegebern ab, was nur möglich war und schickte es seinen Lieben, die diesmal kein Weihnachten haben würden.

„Am Gotteswillen, nur nicht auf der Landstraße liegen bleiben — nein, nur dieses Ende nicht!“ Er raffte sich wieder auf, das ihm wohlbekannte M. mußte doch bald erreicht sein. Mühsam ging es vorwärts; er fühlte es, es galt einen Verzweiflungskampf gegen die erschöpfenden Lebensgeister.

Endlich war er gelangt an seinem heutigen Ziele, im Verkehr zu M. Ob es ihm hier glücken wird? Das waren seine letzten Gedanken, dann fiel er dumpf und schwer auf die Bank, die Sinne schwanden ihm.

Man brachte den zum Tode Erschöpften schleunigst zu Bett, alles sprang zu Hilfe, jeder fürchtete um das Leben des eben Zugereisten.

Der zum Ausgang anwesende Meistkassier- und Arbeitsnachweiser aber hatte dem Fremden gleich das Buch aus der Tasche genommen, um für alle Fälle vorbereitet zu sein. Aus diesem und den beiliegenden Briefen ersah dieser dann die Lebensgeschichte des kranken Anbäumlings, er erkannte aber auch in den Personalien des selben einen alten Walsbruder von sich — das war also auch ein Wiedersehen! Nachdem er der „Mutter“ auf die Seele gebunden, ja nach dem Ertrankten zu sehen und ausgemacht, daß bei Nichtbesserung derselbe am andern Morgen dem Krankenhaus zugeführt werden sollte, entleerte sich der Verwalter.

Andern Tags in aller Frühe sprach er wieder vor. Der angekommene Fremde war nach eigenem Namen Stärkung wieder eingeschummert, die Gefahr also vorüber.

Am Abend sprachen sich dann die beiden alten Bekannten zum ersten Male. Der Zugereiste war wohl noch matt, aber sonst war sein Zustand befriedigend. In Unterredungen erzählte er dem Freunde sein Mißgeschick.

Oft übermannte ihn die Erregung und düstere Andeutungen kamen ihm jetzt, angesichts des Weihnachtsfestes, fern von den Seinen, die heuer nichts vom Feste der Liebe merken würden, zum ersten Male über die bebenden Rippen.

Da saß ihn der Freund an der Schulter, schüttelte ihn kräftig und sprach: „Weg mit solchen Gedanken, ausgerafft! Morgen heißt es um 7 Uhr anfangen. Da verlangt von mir schon jetzt acht Tagen ein Prinzipal einen älteren Mann wie Du es bist, immer aber ein paßender da. Dort fängst Du an; die Kondition ist gut bezahlt, dauern und angenehm. Ich kann dafür garantieren. Und hier sieh diese Postkarte für Dich; da ist der berühmte Obermaschinemeister mit Hinterlassung bedeutender Schulden durchgebracht, Euer „neuer Herr“ aber bekommt bald Besuch von dem Onkel mit der Siegelackfange. Euer Schlag hat also getroffen.“

Unter vielgeprüfelter Freund aber sah eine zeitlang stumm und eingesunken in sich da. Dann sprang er auf und schüttelte dem Verwalter herzlich die Hände: „Mensch, Freund, es geschieht doch noch Zeichen und Wunder, aber diese werden auf der Erde gewirkt und wer diese Wunder schafft, ist unser Bruderbund, unser alter Verband. Nicht hohle Versprechungen und leere Versprechungen, sondern werktätige Hilfe bringt er jedem seiner Glieder, denn einen früher, dem andern später; ihm danke ich auch meine Rettung. Wir alle wirken ja nur durch ihn und mit ihm!“

Die beiden Freunde standen sich Aug' in Aug' und Hand in Hand; von keinem der übrigen Reisenden hörte man einen Laut, doch Zustimmung glänzte in allen Blicken. Dann drückte der Verwalter den wiedergefundenen Freund sanft auf seinen Stuhl: — „Und nun schreib Deinem Weibe, daß Du hier fest unter geworfen; schreib, daß Du zum Feste zu ihr und den Kindern kommen wirst — ich sorge für alles! — auf daß sie singen können wie sonst: O du fröhliche, o du seltsame Weihnachtszeit!“

lassen wollen. Werden Tarifverträge geschlossen, so muß auch folgerichtig eine Kommission eingesetzt werden, welche über die Innehaltung derselben zu wachen hat. Von Seiten der Arbeiter werden häufig in solche Kommissionen Leute gewählt, die man gar nicht mehr als Arbeiter bezeichnen kann; es sind hervorragende Kräfte der Organisationen, die von diesen bezahlt werden, nicht arbeiten und das Arbeiten vielleicht überhaupt nicht gelernt haben. Mit solchen Leuten zu verhandeln, paßt natürlich den Fabrikanten nicht. Mit ihren eignen Arbeitern zu verhandeln, sind sie stets gern bereit und hierbei sind bisher beide Teile gut gefahren. Die Metallwarenfabriken werden es sich daher noch dreimal überlegen, ehe sie Tarifverträge abschließen. Es handelt sich um den Streik der Gürtler und Drücker in Berlin, welcher dem auch von dem Bauernfonzile ehrenvoll ausgezeichneten Unternehmerorgane zur Betonung des unentwegten Herrenstandpunktes Veranlassung gibt; dieser Standpunkt wird aber auch in anderen Fällen maßgebend sein, es liegt eben Methode in der Sache. Trotzdem aber kann Fanny Jmke in ihrer Novemberausstellung wieder von 35 zu stunde gekommenen Tarifabschlüssen berichten; es wäre also gegen den Oktober kein Rückstand zu verzeichnen, wiewohl das Baugewerbe der Jahreszeit entsprechend eine Abnahme des Beschäftigungsgrades aufwies. Im ganzen sind aber doch noch 16 Tarifverträge in diesem Gewerbe perfekt geworden, wovon der nach langer, für die Arbeiter günstig verlaufener Aussperrung in Kassel erreichte die größte Aufmerksamkeit erregt. Im Brauergewerbe kamen 8 Tarifvereinbarungen, bei den Böttchern an zwei Orten eine zu stunde. Die Berliner Kürschner haben aus ihrem Neunstundentkämpfe auch für die hausindustriellen Firmen einen Arbeitsvertrag erzwungen. Im Verkehrs- und Transportgewerbe konnten drei Tarife vereinbart werden. Ein Monstrum von Arbeitsvertrag ist der von den Bauunternehmern in Bromberg nach einer für die Arbeiter erfolglosen Aussperrung diktierte, an welchem der von der Arbeitgeberorganisation selbst gegründete gewerkschaftliche Verein der Maurer und Zimmerer partizipiert. Im Konditorgewerbe war man auch an verschiedenen Orten tätig für eine Tarifierung der Arbeitsbedingungen, für Berlin kann indes dieses Verhalten als gescheitert betrachtet werden. Weiter planen die Militärkattler abermals eine über das ganze Reich sich erstreckende Tarifaktion, die Sattler der Geschirrbünde in Berlin wollen (sofort zu vertraglich gestellten Arbeitsbedingungen kommen. Die Büreaustellten wollen ihren 1896 unternommenen Versuch erneuern, neben den Geschäften und der Arbeitszeit soll das Beschäftigungswesen geregelt werden. Die Vorstände aller Hilfswirtschaften dieser Branche haben sich erfreulicherweise auf ein gemeinsames Programm verständigt. Tarifbrüche waren wie immer nur von den Unternehmern zu verzeichnen; so im Schneidergewerbe zu München, von der Berliner Glaserinnung, den Bauunternehmern in Wismarsleben und Lübbenu. Welche merkwürdigen Anschauungen auch noch in Arbeiterkreisen über die Tarifgemeinschaften vorhanden, lehrt ein Meisterstück der sonderorganisierten Lithographen usw. in Leipzig, die über den an anderer Stelle erwähnten dritten Tarifentwurf des Vorstandes der Steinbrucker- und Lithographenorganisation berieten. Die Eigenbröckler verwarfen nämlich wieder die Tarifgemeinschaft prinzipiell mit der abgedroschenen Phrase, weil sie die Aktionsfreiheit der Gehilfen unterbinde und weil bei der Vielseitigkeit in dieser graphischen Branche ein Tarif an sich nutzlos sei. Diesen Standpunkt glaubten die Siebenmalgeheilten den Prinzipalen kundgeben zu müssen mit dem gleichzeitigen Ersuchen, die Gegner des Zentralverbandes zu eventuellen Tarifverträgen ebenfalls hinzuzuziehen. Das ist doch wahrhaftig zum Stiefelausziehen! Unter den

**Streiks und Aussperrungen im November und Anfang Dezember** standen die Kämpfe der Textilarbeiter und der Köpfer wieder im Vordergrund. Die Aussperrung der letzteren ist zwar vom Verbands der Hensfabrikanten bei weitem nicht in der Allgemeinheit vorgenommen, wie vorher von den Unternehmern in die Welt posant, sie ist aber gerade noch umfangreich genug, um die Arbeiterchaft dabei zu engagieren. Auf die Drohung des Arbeitgeberverbandes, die Streikenden in Ketten und Hirschenwaabe und eventuell die jetzt dem Lokout in 22 Orten verfallenen Köpfer auf die Dauer eines Jahres auszusperrn, wenn in den genannten beiden Orten nicht beigegeben wird, legen wir nicht allzu großes Gewicht. Dasselbe Vorhaben plante man bei unsern großen Kämpfe hier und da auch und doch kam es nur ganz vereinzelt zur Ausführung, bei den Köpfen wird es also wohl auch nicht anders werden. Für uns kommt die Möglichkeit des Sieges und die Unterstützungfrage allein in Betracht. Daß in beiden Fällen eine solche Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, haben wir an der diesjährigen Aussperrung der Kasseler Bauarbeiter, dem Streik der Krefelder Maurer und auch an dem vorjährigen Meeraner Weberstreik gesehen, die alle über ein Vierteljahr andauerten und sämtlich zu gunsten der Arbeiter endeten. Ob das in den vorliegenden beiden Fällen ebenso kommen wird, kann man nur hoffen, aber nicht wissen und während des Kampfes soll auch kein Meinungskrieg darob entbrennen. Der Kampf in Crimmitschau ist zweifellos erst durch die aller rechtlichen Unterlagen entbehrenden behördlichen Eingriffe zu einer allgemeinen, selbst über die Arbeiterkreise hinausreichenden Demonstration gegen die einseitige Parteinnahme der Regierung und der Stadtverwaltung in Crimmitschau geworden.

Das Rechtsempfinden und Rechtsgefühl des Volkes ist mit wahren Keulen schlägen traktiert und die Auitung dafür wird nun mit einer beispiellosen Opferwilligkeit (die Leipziger Arbeiter haben allein schon über 100000 Mk. aufgebracht) ausgestellt. Es ist jedenfalls ein geschichtliches Moment für die Zustände am Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts, daß der sächsische Bundesbevollmächtigte im Parlamente der gleichen und geheimen Wahl nur in notdürftigster Weise das Verhalten seiner Regierung im Crimmitschauer Kampfe zu verteidigen vermochte, während in dem sächsischen Landtage der leitende Minister mit Leichtgläubigkeit das Verhalten der behördlichen Organe rechtfertigen konnte, nur Widerspruch von einem Abgeordneten findend. Herr v. Meßsch brachte das zwar nur fertig durch eine einseitige Darstellung, aber die „Vertreter des sächsischen Volkes“ nahmen alles ruhig hin, fintenmalen alles Gute ja „von oben“ kommt! Die Crimmitschauer Textilarbeiter seien ruhige und brave Leute gewesen, sagte der Minister, bis die Arbeitswilligen und die bösen Hezer auf der Bisthische erschienen und dann malte er den sozialdemokratischen Wauwan in erschrecklichen Farben an die Wand. Herr v. Meßsch denkt aber nicht daran, daß bei den Streiks und Aussperrungen von christlich-organisierten Arbeitern in Rheinland-Westfalen mit demselben Popanz operiert wurde, daß überhaupt wohl jeder Streik und jeder ausständige Arbeiter nur von diesem Gesichtspunkte aus Beurteilung findet; der Ruf nach der Sozialdemokratie ist also wirklich nichts neues. Trotz des Reichsgerichtserkenntnisses und trotz der jetzt so eklatanten Niederlage der Berliner Polizei ist Herr v. Meßsch ein Vertreter des Streikpostenverbotes, wie er denn auch die Unterjagung von Versammlungen mit einer Verordnung aus dem Jahre 1853 als zu Recht bestehend erklärte; wieso aber auswärtige Hezer und Agitatoren den Kampf zu schüren und zu verschärfen fertig brachten, da Nebner von auswärtig doch gar nicht sprechen durften in Crimmitschau, darüber schwieg der Minister. Wie überhaupt sächsische Behörden über gesetzliche Bestimmungen denken, beweist in klassischer Weise der von der Kreisauptmannschaft Zwida auf die Beschwerde über die Versammlungsverbote ergangene Entscheid. Die darin dem „sogenannten Koalitionsrecht“ gegebene Auslegung ist das Großartigste, was bis jetzt auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Man lese und staune: „Das sogenannte, aus § 152 der Reichsgewerbeordnung hergeleitete Koalitionsrecht ist nicht etwa so zu verstehen, daß nun etwa das, was seitens der Mehrheit der Arbeiter oder seitens der Führer derselben gewünscht wird, auch für die übrigen bindend wäre und daß nun ängstlich alles vermieiden werden müßte, was dem Aufzwingen des Willens der Mehrheit gegenüber der Minderheit hinderlich wäre. Im Gegenteil soll, wie sich aus dem Schlusse des § 152 ergibt, eben die Freiheit der Entscheidung jedem einzelnen Arbeiter, auch wenn er sich mit den Wünschen der Mehrheit oder der Führer in Widerspruch setzt, voll und ganz gewahrt bleiben und jeder einzelne kann für die Freiheit seines Willens den Schutz der Behörde beanspruchen. Aus den geschilderten Vorkommnissen aber ergibt sich, daß seitens gewisser Kreise auch in Crimmitschau und den benachbarten Orten ein arges Terrorismus auf die Arbeitswilligen ausgeübt worden ist; erleichtert wird ein solches Gebahren ganz besonders dann, wenn man die Arbeiterchaft zum Besuche von Versammlungen veranlaßt, in denen entsprechende Vernehmung und Bearbeitung stattfinden kann. Solches ist nach allen Beobachtungen, welche man im Verlaufe der Crimmitschauer Arbeiterbewegung zu machen ausreichend Gelegenheit gehabt hat, hier zweifellos in hohem Grade der Fall gewesen und es könne sich daher fragen, ob nicht schon aus dem Gesichtspunkte, um eben jedem einzelnen Arbeiter die durch die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung geforderte Freiheit seiner Entscheidung zu wahren, zu dem Verbote der Versammlungen zu verurteilen gewesen wäre.“ Wahre Freiheit wird also nur gewahrt, wenn eine solche überhaupt nicht existiert, wenn sie mausetot gemacht ist! Glat bekam daher die Regierung vom Landtage die 10000 Mk. für die Genbarneinquantierung bewilligt, in feierlicher Weise wurde der Bürgermeister von Crimmitschau als ein Muster der Unparteilichkeit gepriesen und aus tiefer Brust heraus sang der Herr Minister das hohe Lied von der Objektivität der sächsischen Regierung der Arbeiterbewegung gegenüber. Wir neigen der Ansicht zu, daß diese Objektivität mit der der Arbeitgeber-Zeitung erfolgreich in die Schranken treten kann, deren Spezialberichterstatte eine Schilderung von den Arbeiterverhältnissen in Crimmitschau entwirft, daß wir uns wirklich ernstlich überlegen, ob nicht eine nochmalige Umfassung sich empfiehlt und wir nicht besser tun, nach dem gelobten Städtchen Crimmitschau zu ziehen, allwo alles behäbiges Aussehen hat und Textilarbeiterlöhne von 3-4000 Mk. anzutreffen sind. Aber auch die Bemerkung, daß die Fabrikanten seit dem 21. August etwa 18 Millionen Mark Ausfall gehabt haben, während die Lohnneubühne für die Arbeiter etwa 2 Millionen Mark betrage, läßt Schätze zu, die mit den sonstigen Versicherungen der dortigen Unternehmer absolut nicht harmonieren. Kommt noch hinzu, daß von abgesprungenen Arbeitswilligen mit voller Namensnennung in einem bürgerlichen Organe, dem Freiberger Anzeiger, die Erklärung abgegeben wird, daß die versprochenen Löhne — 14 Mk. pro Woche — nicht, sondern nur 8,89 Mk. gezahlt würden und wenn man weiter in einem im Originale vorliegenden Arbeitsvertrage liest: „die Arbeitgeber zahlen einen Lohn von 14 Pf. pro Arbeitsstunde und pro Person“ und: „nach drei Monaten

„soll wegen lohnenderer Arbeit wieder verhandelt werden“, so kann man sich einen Vers machen, mit welchen Mitteln in Crimmitschau gekämpft wird. An Versuchen zur Beilegung hat es nicht gefehlt, auch Legien hat in der dritten Dezemberwoche einen derartigen Schritt in Crimmitschau selbst unternommen, konnte jedoch den Bürgermeister nicht für die Vermittlerrolle gewinnen. Dagegen fand am 15. Dezember eine Zusammenkunft von Textilfabrikanten aus 25 Städtchen Deutschlands statt; dieselben betonten, daß sie „vollständig auf dem Boden moderner sozialer Anschauungen ihren Arbeitern mit Wohlwollen gegenübersehen“ und erklärten mit einem Male, daß es sich in Crimmitschau gar nicht um den Feststundentag handle, sondern um eine Wuchprobe des Klassenkampfes, weshalb sie den Crimmitschauer Fabrikanten weitgehend die Unterfertigung versprochen und der Zentralverband deutscher Industrieller hat ebenfalls in einer besonderen Vertreterversammlung die Einleitung einer Fiktion beschlossen. Wie wenig diese Behauptung den Tatsachen entspricht, können unsere Leser noch einmal nachlesen in der in Nr. 136 an dieser Stelle wiedergegebenen Auseinandersetzung des Herrn v. Nottenburg mit der Industrie-Zeitung bzw. den Crimmitschauer Textilindustriellen über die Forderung des Feststundentages, wobei diese Unternehmer die Berechtigung der elfstündigen Arbeitszeit in recht einseitiger Weise darzulegen suchten. Auch einzelne der übrigen Kämpfe erfordern einige Worte. Da wurde z. B. viel Aufsehen gemacht von einem

„Politischen Streik“, in dem 93 Arbeiter der Gasanstalt N in Berlin verwickelt gewesen sind. In Wirklichkeit aber handelte es sich um einen kompletten Disziplinbruch, der in der Verweigerung freier Zeit zur Beteiligung an der Landtagswahl seitens des Leiters dieser Anstalt seine Ursache fand. Wenn jener Werkführer diese Erlaubnis verweigerte entgegen der Anordnung des Magistrates, so gab es doch noch das Mittel der Beschwerde, ja die Geschichte hätte sogar ordentlich ausgeplachtet werden können. Anstatt dessen und trotz eindringlicher Mahnung der Verbandsleitung, nur ja keine Dummheit zu begehen, verließen die 93 doch die Arbeit, gehen zur Wahl — und werden nachher nicht mehr an ihre Plätze zugelassen. Nun wollen sich die anderen Arbeiter des Werkes mit den Entlassenen solidarisch erklären, deren Sache zur ihren machen, ja es wurde sogar von der Verbandsleitung verlangt, in allen Berliner Gaswerken den Generalfreik zu erklären! Der Verbandsvorstand und die Berliner Filialleitung nahmen aber mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen die Unvernunft auf, setzten den Streikfälligen gehörig den Kopf zurecht und erlangten mit Vermittlung des Stadtverordneten Wurm, die sich unter diesen Umständen natürlich recht schwierig gestaltete, daß die Gasbeputation bzw. die Gasdirektion 65 Mann wieder einstellte. Die Streikfröhlichen erklärten zwar in einer Resolution, daß sie unüberlegt und ohne Einwilligung der Organisation gehandelt haben, das hielt sie jedoch nicht ab, auf den Hauptvorstand weidlich zu schimpfen, eine ganze Anzahl will sogar aus der Organisation austreten. An der ganzen Geschichte — die wir hier nur in großen Zügen wiedergeben, obwohl einige markante Punkte auch allgemeines Interesse haben — verdient nur die Haltung der Verbandsfunktionäre Lob; so energigisch und unbestimmt um das nachfolgende Geschehen sollte man allenthalben vorgehen, denn der hier geschilderte Unfug ist auch anderswo zu finden. Da hat auch im November ein

Reismühlenerbeiterstreik bei Räckers in Bremen stattgefunden, dessen erfolglosen Ausgang wir bereits gemeldet haben. Im Organe der Mühlenarbeiter lasen wir nun einen kurzen Artikel über den Streik, worin der Verbandsvorsitzende selbst erklärte: „Sammellisten brauchen wegen des Streiks nicht ausgegeben zu werden, da die beiden in Frage kommenden Verbände über die Mittel verfügen, die Reismühlener nicht ein Jahr stehen zu lassen, wenn es eben sein muß.“ Dagegen schrieb die Bremer Bürger-Zeitung in einem Rückblicke auf diesen Streik: „Der Leiber zu ungunsten der Arbeiter beendete Streik bei Räckers war gleichsam über Nacht ausgebrochen. Es war ein schwerer Fehler der Reismühlenerarbeiter, daß sie teils ohne Hinzuziehung, teils ohne genügende Berücksichtigung der in Betracht kommenden Instanzen auf eigne Faust in den Streik eintraten. Wir wurden durch den Streik genau so überrascht wie am darauffolgenden Tage die Leser unsern Blattes.“ Die Bremer Bürger-Zeitung schiebt dann die Schuld des Mißlingens auf die Unvollständigkeit der Organisation, die zahlreichen Nichtorganisierten; die Listen der Organisation müßten bis zum nächsten Male ausgefüllt werden und eröffnete dann eine Sammlung für die Unterlegenen und nun Ausgesperrten. Da hätten wir also den zweiten wilden Streik! Recht interessante Momente bot auch der

Gürtler- und Drückerausstand bzw. die Aussperrung in der Berliner Metallindustrie, welcher bekanntlich nach neun Wochen aus erfolglos von Arbeitnehmersseite abgebrochen wurde, nachdem dieser Kampf 545 622,60 Mk. verschlungen und die Anrufung englischer Hilfe vollständig negativ ausgefallen. Die zu diesem Zwecke vom Abgeordneten Bernstein in England unternommenen Schritte vermochten nicht die verdammte nächsten Mustergewerkschaftler in Bewegung zu bringen, das Resultat war noch kläglicher als beim Flaschenarbeiter-Generalfreik. Es liegt ja gewiß ein Kern der Berechtigung in dem von den Engländern eingenommenen Standpunkte, daß nämlich eine Organisation wie der Metallarbeiterverband mit 150000 Mitgliedern ein paar Tausend Streikende bzw. Ausgesperrte allein über Wasser halten müßte, aber man muß doch auch bedenken, daß die Metall-

arbeiter in diesem Jahre bereits große Schlägen erlitten haben. Waren doch schon Hjerloch, Meslich-Berlin und Lang-Mannheim als ganz einflussreiche Niederlagen vorgegangen; die bei ihrem Maidjätenaufstreik auf ausländische Hilfe angewiesenen und solche im reichsten Maße auch erhaltenen Engländer haben also nicht die von ihnen so sehr hervorgehobene innere Berechtigung zu ihrer nachgerade sprichwörtlich gewordenen Exklusivität. — Ob die Berliner Metallarbeiter gut getan, nach den diesjährigen Erfahrungen mit der Gürtler- und Drückerbewegung einen neuen Kampf aufzunehmen, ist eine Frage, die man mit aller Objektivität verneinen muß. Die Leitung der Berliner Metallarbeiter erklärte ja selbst in der entscheidenden Versammlung, daß man die Kräfte der Unternehmer unterschätzt habe. Wir unterschreiben deshalb, was Schlichte, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, in einer Vertreterversammlung der Berliner Mittelschicht, allerdings nur unter sehr schwachem Beifalle, ausführte. Schlichte vertrat unsrer Ansicht nach den entgegengekehrten Standpunkt von Legien, der kürzlich — dem Sinne nach — wieder erklärte, jeder für die Arbeiter verlorene Kampf bedeute für die Besiegten doch einen Gewinn, die Unternehmer würden einen zweiten Zusammenstoß nicht wieder riskieren und deshalb den Forderungen der Arbeiter künftig etwas entgegenkommender sein. Daß dies nur eine sehr bedingte Wahrheit ist, zeigen die von den deutschen Unternehmern in den beiden letzten Jahren bei den geringsten Unfällen vorgenommenen Ausperrungen jedenfalls am deutlichsten. Schlichte hat nach unsrer Meinung daher mehr recht, wenn er in jener Versammlung sagte: Dadurch, daß manche Lohnbewegungen für die Arbeiter ohne Erfolg endeten, ist den Unternehmern der Mut gewachsen und sie leisten besonders dann den heftigsten Widerstand, wenn es sich um Forderungen handelt, deren Bewilligung die Anerkennung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter bedeuten würde. Solchen Kämpfen, wo die Unternehmer wegen des Prinzips „Herr im Hause“ zu sein den Arbeitern gemeinsamen heftigen Widerstand entgegensetzen, ist die Organisation der Arbeiter oft nicht gewachsen und zwar deshalb, weil ihr die Beweglichkeit fehlt, weil es noch nicht möglich ist, sie so zu leiten, daß die Kämpfe der jeweiligen Situation entsprechend geführt werden. Die Arbeiter müssen sich bewußt sein, daß sie mit den Unternehmern nicht nur Schlachten zu schlagen haben, sondern daß sie einen Feldzug führen gegen das organisierte Unternehmertum. Von diesem Gesichtspunkte aus muß die Kampfstärke der Arbeiter bestimmt werden. Ein Kampf darf nicht bis zum Höchstlimite geführt werden. Er muß abgebrochen werden, wenn er keine Aussicht mehr bietet und die Kämpfer noch stark sind, um sich zu sammeln und zu neuen Angriffen in der Zukunft zu rüsten. Gewiß liegt Stoff genug vor, der die Arbeiter erregen und zum Kampfe veranlassen kann. Aber oft liegt es auch in der Absicht der Unternehmer, die Arbeiter zu provozieren zu einer Zeit, wo ein Kampf für die Arbeiter ungünstig enden muß. In solchen Fällen gilt es, die Ruhe und Besonnenheit zu wahren und sich nicht in einen aussichtslosen Kampf treiben zu lassen. Bei den Lohnbewegungen muß uns deshalb das Ziel leiten: Nicht nur in den großen Industriezentren, sondern auch in den kleineren Orten für Verbesserung der Lage der Arbeiter zu wirken und möglichst gleichmäßige Verhältnisse für alle Berufsangehörigen herbeizuführen, denn so lange die Arbeiter in der Provinz erheblich schlechter gestellt sind wie ihre Kollegen in den großen Industriezentren, werden die Kämpfe der letzteren durch Zuzug von außerhalb beeinträchtigt werden. — Und zu diesen Bedenken Schlichtes kommt nun noch der gewichtige, leider aber so wenig beachtete Umstand hinzu: das prozentuale Organisationsverhältnis in dem betreffenden Berufe. Bei allen Kämpfen der organisierten Arbeiter hat sich bis jetzt kein Fortschritt gemacht, als die optimistischen Ansichten über den etwaigen Streikverderbzug; dies Gesindel ist noch immer wie die Frösche nach einem erquickenden Gewitterregen aus seinen Höchern und Vertiefungen angehüpft gekommen und brach selbst die besten Hoffnungen zum Siege. Wir vertreten deshalb nochmals den Standpunkt, den wir schon früher und zuletzt ausführlich bei Besprechung der Konferenz der Zentralverbände (Nr. 136) dargelegt haben: daß der Generalkommission Mittel und Wege gegeben werden müssen, die Kriegsstärke der Gewerkschaften so zu leiten, daß nur nach sorgfältiger Erwägung die Genehmigung zu größeren Kämpfen den einzelnen Organisationen gegeben werden darf, daß unbedingt eine finanzielle Erhöhung der übrigen Verbände durch ein, zwei oder drei Einzelkämpfe einiger Organisationen vermieden werden muß, da hinter jedem größeren Streik das organisierte Unternehmertum steht, wie Schlichte ganz richtig sagt. Auch wir teilen den Pessimismus Weinhausens in der „Hilfe“ nicht, wir halten die Aktionen der Gewerkschaften selbst unter den jetzigen zugespitzten Verhältnissen doch noch für aussichtsvoller. Dies kann aber nur erreicht werden, in der von Boersch an gleicher Stelle gegebenen Antwort an Weinhausens: durch kluges Ausweichen, geschicktes Savieren und auf dem viel gefährteren Wege der Vereinbarungen, hinter dem allerdings der gepanzerte Frieden stehen muß. Unter Erwägung all dieser Umstände und trotz größter Sympathie mit dem im Kampfe liegenden Arbeiter rufen wir deshalb in Nr. 136 der Generalkommission zu: Lieber ein entschiedenes Nein als ein gezwungenes Ja! Die sonst noch geführten

Kämpfe im November waren etwas zahlreicher als im Oktober. Auch unsere Organisation ist mit dem Leipziger Gießereistreib in dieser Liste vertreten. Die Porzellan-

arbeiter haben in Wächtersbach noch immer zu keinem Resultate kommen können, unsere Schwäger, die Buchbinder, hatten eine Anzahl von Werkstufenstreiks in verschiedenen Orten. Die Steinarbeiter waren in Erfurt und Hofstadt, die Metallarbeiter noch in zwei kleinere Konflikte in Berlin, die Tischler in einem Falle auch in Berlin, die Fleischer einer großen Wurst- und Fleischwarenfabrik in Braunschweig, Filzschuhfabriken in Berlin, Maurer in Danzig, Gumbinnen, Miendorf, Graudenz, Dresden und Dortmund, Stufarbeiter in Nürnberg, Weißbierfahrer in Berlin und Bühnenarbeiter eines Berliner Varietetheaters in Kämpfe mit ihren Unternehmern verwickelt. In der Hauptsache bildeten Lohnforderungen und Maßregelungen die Ursache der Differenzen. Wir möchten noch die Tatsache vermelden, daß der Gewerkschaftspreß die allwöchentlich eine Uebersicht über Streiks, Ausperrungen und Lohnbewegungen von einer Korrespondenz zugeht, die allerdings über die Lage des Kriegsschauplatzes genügend orientiert, uns jedoch nicht zusetzt, weil durch eine solche Uniformierung der Berichterstattung das eigne Urteil zu sehr ausgeglichen wird. Nach dem Reichs-Arbeitsblatte waren an

Streiks und Ausperrungen im dritten Quartale 1903 weniger zu verzeichnen als im vorhergehenden zweiten, dessen Ziffern wir einkammern werden. Im ganzen kamen also einschließlich der im zweiten Quartale nicht beendeten 418 (426) Ausstände zur Meldung mit einer Beteiligung von 25 733 (23 780) gleichzeitig und 1502 (3468) gezwungen feiernden Arbeitern. Von diesen Streiks wurden 1958 (2856) Betriebe ergriffen, von denen 564 (564) zu gänzlichem Stillstande kamen. In 84 (63) hatten die Ausständigen vollen, in 116 (129) teilweise und in 159 (169) gar keinen Erfolg zu verzeichnen. Das Baugewerbe ist mit 186, die Holzindustrie mit 62, die Metallindustrie mit 48 und das polygraphische Gewerbe mit 4 Streiks vertreten. Der für die Arbeiter günstigste Erfolg wurde im Baugewerbe erzielt, welches hinsichtlich der Beteiligung allein die Hälfte der Ausständigen stellte. — Ausperrungen kamen im ganzen 13 (31) vor, von denen 8 allein auf das Baugewerbe entfielen. Gleichzeitig ausgesperrt waren 5221 (18642) Arbeiter aus 269 Betrieben, im Baugewerbe allein 5130 Arbeiter. In 4 Fällen brachte die Ausperrung den Unternehmern vollen, in 3 teilweise und in 1 keinen Erfolg. Dieses sowohl bei den Streiks wie bei den Ausperrungen gegen das zweite Quartal günstigere Resultat schießt jedoch den Crimmitschauer Weber- wie auf den Berliner Metallarbeiterkampf nicht mit ein, da alle Angaben über die Zahl der Betriebe, der streikenden bzw. ausgesperrten Arbeiter und das Ergebnis der Differenzen sich immer nur auf besondere Kämpfe erstrecken. Auch die

Internationale Streikstatistik zeigt bezüglich des Oktober (für November liegt noch kein Material vor) einen nicht unwesentlichen Rückgang. Frankreich mit den Textilarbeiterstreiks im Norden und Spanien mit dem Ausstände der Bergarbeiter in Bilbao (letzterer zugsich zu einem Generalkampf mit einer Beteiligung von etwa 50 000 Menschen aus) und mit dem Gasarbeiterstreik in Barcelona zeigten die lebhafteste Bewegung. Der

Arbeitsmarkt im November wies wie immer um diese Zeit eine Verschlechterung auf. Nach der Halbmonatschrift Der Arbeitsmarkt kamen auf 100 offene Stellen 174,0 Arbeitjungen gegen 139,3 im Oktober, im vorjährigen November waren aber 219,7 Arbeitjungen zu verzeichnen. Diese Besserung ist besonders bei den männlichen Arbeitern markant, bei denen der Anstieg sich von 280,4 auf 205,2 in diesem Jahre verringerte. Im Bergbau war die Geschäftslage am besten. In England geht es langsam, aber immer joch recht empfindlich mit dem Beschäftigungsgrade zurück, indes in Amerika die wirtschaftliche Krise bereits große Ausdehnung genommen und in sehr vielen Orten zu beträchtlichen Lohnreduktionen geführt hat. Ueber die in Essen abgehaltene

Zweite Konferenz der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften berichten wir kurz nach dem Korrespondenzblatte, verweisen aber auch auf eine diesbezügliche Anmerkung im letzten Berichte aus Essen (Nr. 148). Danach gehören den freien Gewerkschaften dieses Distriktes jetzt über 100 000 Mitglieder an, Aufstellungen (deren Vorsteher zum größten Teile angestellt sind) domizilieren dort 21. Den wichtigsten Punkt bildete die Beratung über die Taktik bei Lohnkämpfen und Ausperrungen. Den Standpunkt: Wir Arbeiter haben ja doch nichts zu verlieren, können wir natürlich nicht gelten lassen, selbst bei Ausperrungen nicht; es steht immer viel auf dem Spiele für die Beteiligten wie für die Organisation. Deshalb ist die Mahnung zur Vorsicht bei Einleitung von Streiks, wie sie in weitem Grade gegeben wurde, nur zu begründen; wegen Maßregelung einiger Kollegen, Beseitigung unbelliebter Vorgesetzter usw. dürfte nicht gleich mit dem Ausstande geantwortet, sondern jeder Kampf müsse zuvor reiflich erwogen werden. Die Christlichen fanden eine scharfe Charakterisierung, doch wurde geraten, dieselben weder abstoßend, noch anerkennend zu behandeln, sondern stets ruhig zu beobachten. Die Tätigkeit der eingesehten Agitationskommission fand alle Anerkennung. Beschlossen wurde die jährliche Herausgabe eines Adressenverzeichnis, möglichst monatlich Berichterstattung über den Arbeitsmarkt, die Herausgabe eines Rednerverzeichnis, regelmäßige Veröffentlichung der wichtigsten Daten aus der Gewerkschaftsbewegung. Die Generalkommission wurde ersucht, sich mehr um die schwachen Verbände in diesem Industriebezirke zu bemühen. Ueber den

Frankfurter Arbeiterkongress war noch viel in der gesamten Presse zu lesen. Inzwischen haben die Leiter dieser Veranstaltung dem Reichskanzler ihre Aufwartung gemacht und sind von dem höflichen Manne — er kann allerdings auch spanisch kommen, wie letzthin im Reichstage bewiesen! — mit einigen schönen Redensarten verabschiedet worden. Es ist eine merkwürdige Situation: Während diese braven Kinder im Palais in der Wilhelmstraße um eine Erweiterung des Koalitionsrechtes bückeln, saßen im Lande die Schleifsteine, schreit der Chor der Schmarotzer sich heiser nach einem neuen Ausnahmengesetze und nach noch größerer Glorifizierung der Streikbrecher! (Schluß folgt.)

## Korrespondenzen.

pp.- Bremen. Unsere beiden letzten Hauptversammlungen fanden am 6. und 12. Dezember statt. Bei der ersten sei erwähnt, daß der Vorsitzende, nachdem er drei Viertelstunden länger gewartet hatte als der Versammlungsbeginn anberaumt war, in die glückliche Lage versetzt war, dieselbe sage und schreibe mit zwölf Mann ausschließlich Vorstand eröffnen zu dürfen. Sie beschäftigte sich neben einigen geschäftlichen Mitteilungen im hauptsächlichsten Teile mit der Statutberatung. — In der zweiten Versammlung wurde Kollege Djiska zum ersten Vorsitzenden vorgeschlagen. Zum zweiten Vorsitzenden wurden vorgeschlagen die Kollegen Kampmeyer, Hennes; zum Kassierer Dahn; zum ersten Schriftführer Witte, Friedrichs, Ritter; zum zweiten Schriftführer Bruchwebe, Unger und zum Reisekassenverwalter Pehrens. Zu Revisoren bestimmte die Versammlung die Kollegen Enderl, F. Schmidt, Höfer, Uppel und Klemme; zu Bibliothekaren Heßlein, Kumpfer, Hoffmann und Rumpoldt. Als Berichterstatter für den Corr. war kein Kollege zur Annahme dieses Postens zu bewegen und wurde dieser Punkt bis zur nächsten Versammlung verschoben. Den Beitrag für das kommende Jahr ließ man in der bisherigen Höhe. Wegen der vorgezogenen Zeit wurde die auf der Tagesordnung stehende Fortsetzung der Statutberatung bis zur nächsten Versammlung verschoben. Nachdem der Punkt Beschiedenes noch seine Erledigung gefunden, wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. Der seinerzeit gefaßte Beschluß, alle Quartale eine Versammlung Sonntagvormittags abzuhalten, um einen bessern Besuch der Versammlungen herbeizuführen, gleichzeitig aber auch den auswärtig wohnenden Mitgliedern Gelegenheit zu geben, daran teilzunehmen, zeitigte sehr schlechte Resultate. Da helfen die lehrreichsten Vorträge, die bedeutungsvollsten Vorgänge im Arbeiterleben nichts. Bei einer Mitgliedschaft von 1000 Kollegen war die am 13. Dezember abgehaltene Versammlung von 85 Kollegen besucht (einschl. 6 Durchreisenden), das ist für Frankfurt besänftend. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der Kollegen Haas-Mainz und Wenzel-Ludwigshafen sowie des beim Militär verstorbenen Kollegen Spohrer, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Kollege Bornkessel erweiterte dann in gemeinverständlicher Weise und an der Hand statistischen Materials die Entwicklung des Konsums und Genossenschaftswesens bis zum heutigen Tage. Die vielen materiellen Vorteile, die der Arbeiterschaft damit gewährt werden, müssen jedem klar sein; er forderte in kräftigen Worten zum Beitritte auf. Um unseren Juden, Konditionsklösen und Durchreisenden eine kleine Freude zu bereiten, beschloß man eine Weihnachtsunterstützung und zwar sollen die Ledigen 4 Mk., die Verheirateten 6 Mk. erhalten. Die Ausgaben zur Jubiläumsgesellschaft im Betrage von 371,80 Mk. unterbreitete Kollege Hamann in detaillierter Rechnungsablegung. Der hierzu gewünschten Kommission wurde Decharge erteilt. Nachdem noch Kollege Neus das Ersuchen gestellt, bei Eingaben an das Tarifschiedsgericht sich strenger Neutralität zu befleißigen, wurde die bereits angechnittene Debatte in der Angelegenheit der Abbruchschleper vertagt.

F. Frankfurt a. M. Die am 14. Dezember abgehaltene Mitgliederversammlung des Vereins aller in Schriftgilehieren beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen befaßte sich zunächst mit der Zurückstellung des Versammlungsberichts vom 21. Oktober. Der Vorstand legte die Gründe dar, welche die Corr.-Redaktion veranlaßt hatten, von der Veröffentlichung desselben vorläufig Abstand zu nehmen. Aus der Versammlung wurde der Antrag gestellt, den Versammlungsbericht vervielfältigen zu lassen und den einzelnen Lokalvereinen zuzusenden. Nachdem dieser Weg vom Vorsitzenden als nicht gangbar bezeichnet wurde beschloß, diese Sache bis nach Erledigung des jetzigen Ausstandes ruhen zu lassen. Den Situationsbericht über den Leipziger Ausstand gab Kollege Dornis. Die Ausführungen des Redners gipfelten in der Annahme folgender Resolution: Die am 14. Dezember tagende Versammlung des Vereins aller in Schriftgilehieren beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen entbietet den ausständigen Leipziger Schriftgilehierenarbeitern und Arbeiterinnen ihren solidarischen Gruß. Sie verpflichtet den Verein, die besten Lebensbedingungen kämpfenden Brüdern in weitgehendster Weise jegliche moralische und materielle Unterstützung, damit auch sie zu einem ehrenvollen Siege gelangen. — Sämtliche Distriktsredner verurteilten ganz entschieden die Kampfweise der Leipziger Prinzipale und empfahlen die vorgeschlagene Resolution zur einstimmigen Annahme. Weiter wurde beantragt, die Generalkommission zu ermächtigen, den Ausständigen eine Weihnachts-Extraxunterstützung zu gewähren und zwar

den verheirateten Kollegen 10 Mk., den ledigen Kollegen und Hilfsarbeiterinnen 6 Mk. Mit den vorgebrachten Beschwerden über Mißstände in verschiedenen Gießereien am Orte soll sich eine weitere Versammlung speziell befassen.

**Frankfurt a. M.** Der Buchdrucker-Steinographenverein Gabelberger eröffnete am 28. Januar 1904 im Steinographischen Institute, Bethmannstr. 48, II, einen Anfängerkursus. In Anbetracht der großen Verbreitung der Gabelbergerischen Steinographie sowie der stetig wachsenden Nachfrage nach stenographischen Buchdruckern sollte es kein Streben sein, um die Zukunft besorgter Kollege — soweit es ihm irgend möglich und es das System nicht schon erlernt — versäumen, an dem Anfängerkursus teilzunehmen. Anmeldungen werden von den Mitgliedern des Vereins sowie Dienstags abends von 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal (Gewerkschaftshaus) entgegengenommen.

**Hamburg.** Es sei gestattet, zu dem nervösen Versammlungsberichte vom hiesigen Ortsverein des Gutenberg-Bundes im Typograph einige wohlwollende Ergänzungen und Berichtigungen zu schreiben. Ich sage wohlwollende, weil ich die Mitglieder — nicht die Mäcker — des Bundes darüber aufklären will, was sie einst für ihre gezahlten Beiträge zu hoffen haben. Hierzu halte ich mich um so mehr berechtigt, als in der betreffenden Versammlung sogar ein als Verbandsreferent bekanntes Mitglied so ehrlich war, zu erklären, daß in meinen Berichten immerhin ein Körnchen Wahrheit enthalten sei. Dieses gibt also selbst der Gegner zu. Vorausgeschickt sei noch, daß der Major des hiesigen Arbeiterbataillons vom Gutenberg-Bunde Prinzipal ist. Als solcher muß er von seiner hohen Zinne aus jedenfalls am besten wissen, wo den Gehilfen der Schuh drückt. Nun zum Berichter selbst. Es ist nicht wahr, daß die Witwen- und Invalidenkasse bis jetzt mit Ueberschüssen gearbeitet hat; in 1903 haben die Ausgaben außer sämtlichen Beiträgen, Zinsen und Spenden über 600 Mk. vom Kapitale aufgezehrt. Es ist nicht wahr, daß diese Klasse gegenwärtig ein Kapital von 30000 Mk. hat; das Kapital beträgt höchstens 22000 Mk. Es ist nicht wahr, daß bei einer Beitragserhöhung von 20 Pfg. die Klasse auf unabsehbare Zeit allen Anforderungen genügen würde; denn die Versammlung gab selbst zu, daß auf jungen Mitgliederzuwachs nicht zu rechnen sei. Der einzige Richtfah, den zwar der Bericht nicht enthält, weil zu komisch, war der, daß ein Zuwachs vielleicht aus — Blankenese kommen könne. Der Antrag auf Erhöhung entfiel denn auch in der laut Bericht gut besuchten Versammlung ganze 10 Stimmen, trotzdem vom Vorstandsstich in die Versammlung geschmettert wurde: Wer es mit dem Gutenberg-Bunde gut meint, der stimme für den Vorstandsantrag! Nach dieser Abstimmung wurde eine siebenjährige Kommission gewählt, die das Hornberger Schießen einleiten soll. Als Richtschnur wurde ihr mitgegeben, für Herabsetzung der Leistungen und Erhöhung der Beiträge zu sorgen. Wie lange wird es dauern, dann tönt der Ruf: Netze sich, wer kam! freilich zu spät. Mancher Grautopf wird auf der Strecke bleiben. Was den Invaliden S. betrifft, so zeigt die Erfahrung, daß ich — leider — recht behalten habe. Derselbe liegt jetzt schon wieder auf dem Schmerzenslager. Nun will ich aber gern eingestehen, daß ich mich unter dem Deckmantel eines fingierten Namens recht wohl fühle, wie der Bericht schreibt. Zur Berichtigung teile ich jedoch mit, daß ich bescheidener denke als Heinrich Heine, der schreibt:

Dem wollt' ich mich enttunnen,  
So müßte all' das — verstunnen.

Ich habe um so weniger Ursache, mich zu erkennen zu geben, als der Verfasser des Versammlungsberichtes im Typograph auch ein Pseudonym trägt. Wie ich von gut unterrichteter Seite erfahre, soll der Bericht von dem Herrn „Major“ stammen, während der Unterzeichner des Berichtes nur als Augenruhberecher Kreuzschreiber fungierte. Thebaner.

**Wagdeburg.** Vielen unserer deutschen Kollegen dürfte die hiesige Firma H. Laderit nicht unbekannt sein und ihnen folgende Nachricht wenig Ueberraschung bieten. Am 19. Dezember hat dieselbe das ganze Personal (zurzeit 13 Setzer und 4 Maschinemeister) wegen der fortgesetzten unwürdigen Behandlung seitens des Chefs und der verlangten übermenschlichen Arbeitsleistungen die Kündigung eingereicht. Der hiesige Vorstand hat über obige Firma die Sperre verhängt und haben eventuell dort ansagende Kollegen die Konsequenzen zu tragen.

**München.** Die am 13. Dezember abgehaltene gut besuchte Ortsvereinsversammlung behandelte nach Erledigung von Aufnahmen, Ausschüssen und sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten in eingehender Weise den zum nächstjährigen Gantage zu stellenden Antrag „den Gau- und Ortsvorstandsposten zu vereinigen und hierfür einen besoldeten Vorsitzenden anzustellen“. In einem einleitenden Referate unserer Vorsitzenden wurde an der Hand ausführlichen Ziffermaterials und durch Silberung der derzeitigen Verhältnisse im Vereinsbüro und bei den beiderseitigen Vorsitzenden die Notwendigkeit der Schaffung eines derartigen Postens klar vor Augen geführt und sei in nachfolgendem das wichtigste der Ausführungen wiedergegeben: Als man vor drei Jahren sich veranlaßt sah, die zur Erledigung der Arbeiten notwendige Ausfülle im Vereinsbüro durch eine ständige Hilfskraft zu ersetzen, war wohl für die damalige Zeit die gewünschte Entlastung des Buralters herbeigeführt, aber bald zeigte sich, daß durch die ständige Zunahme der Mitgliederzahl und sonstige

Verhältnisse die Arbeit derart anwuchs, daß sie sich in der normalen Arbeitszeit nicht mehr erledigen ließ. Waren z. B. im Jahre 1900 2475 Mitglieder im Gau Bayern zu verzeichnen, so stieg ihre Zahl bis Ende 1903 auf 3063, ebenso hat sich die Zahl der Druckorte von 79 auf 95 vermehrt. Mit dieser steigenden Mitgliederzahl hielt jedoch die hierfür zu leistende Arbeit nicht gleichen Schritt, sondern diese wuchs außer allem Verhältnisse, denn die Zuanpruchnahme der verschiedenen Unterstützungszweige in unserer Organisation wurde eine verhältnismäßig immer größere. So wurden ausbezahlt im Gau für Kranke und Arbeitslose im II. Quartale 1900 13900 Mk., im II. Quartale 1903 24500 Mk. In gleicherweise hat auch der schriftliche Verkehr an Umfang zugenommen. Wie sehr die Arbeit am Orte sich vermehrt, ergibt sich aus den nachfolgend angeführten Ziffern über ausbezahlte Unterstützungen. Während 1900 1154 Reisende abgefertigt wurden, stieg die Zahl im Jahre 1901 auf 1587 und 1902 viertzigerten 1863 Kollegen in München. Ausbezahlt wurden für diesen Unterstützungszweig im Jahre 1900 10000 Mk., 1901 15400 und 1902 19700 Mk. Die Zahl der Arbeitslosen am Orte mehrte sich enorm und wurden an Unterstützung hierfür ausbezahlt 1900 16700 Mk., 1901 26000 Mk. und 1902 44300 Mk. Ebenso mußten auch für die Invaliden immer größere Summen aufgewendet werden. Der einzige Unterstützungszweig, bei dem im letzten Jahre ein Rückgang zu konstatieren war, ist die Krankenunterstützung. Waren im Jahre 1900 30000 Mk., 1901 32000 Mk. hierfür erforderlich, so sank diese Ziffer im Jahre 1902 auf 27600 Mk. Aus den abgeschlossenen drei Quartalen des Jahres 1903 ist aber zu folgern, daß die Ziffern der Vorjahre wieder überholt werden. Insgesamt kamen in München an Unterstützungen zur Auszahlung im Jahre 1900 63400 Mark, 1901 79800 Mk. und 1902 96700 Mk. Es ist also eine Zunahme der Unterstützungsausgabe um 33000 Mark innerhalb drei Jahren zu konstatieren. Die Zahl der Mitglieder stieg in München im gleichen Zeitraum um 300. Zu diesen fortlaufend steigenden Verwaltungsgeschäften kam aber noch hinzu die Führung des paritätischen Arbeitsnachweises, ebenso wurde die Sterbekasse in der letzten Generalversammlung vom Ortsvereine übernommen. Daß all diese Arbeiten auf die Dauer von den beiden Vereinsbeamten sich nicht bewältigen lassen, ist selbstverständlich. Aber nicht nur in der Verwaltung stiegen die Geschäfte, auch die beiden Vorsitzenden wurden und werden immer mehr in Anspruch genommen und es wird wohl in Zukunft unmöglich sein, Kollegen ausfindig zu machen, die außer ihren beruflichen Verpflichtungen noch die mit den Vorstandsposten verbundenen Arbeiten erledigen können. Die beiden Ausschüsse sahen sich nun veranlaßt, der Frage näher zu treten, wie eine Regelung am praktikabelsten herbeigeführt werden kann; das Resultat der gemeinschaftlichen Sitzung war der oben erwähnte Antrag, gegen den auch finanzielle Bedenken nicht erhoben werden können, da auch nach Schaffung des Postens der Gau Bayern wie die Mitgliedschaft München noch immer mit zu den billigst verwalteten Gauen und Orten Deutschlands zählte. Eingehend behandelte der Referent dann noch die verschiedenen Einwände und Bedenken, die gegen die Schaffung dieses Postens sprachen, erörterte die weiteren Vorschläge (Anstellung eines weiteren Hilfsverwalters, eines Sekretärs usw.), um schließlich zu den von der überwiegenden Mehrheit der beiden Ausschüsse beschlossenen Anschauung zu kommen, daß mit Schaffung dieses Postens die zweckentsprechendste Lösung der Verhältnisse gefunden sei. Die Versammlung war von dem zutage geförderten Materiale anscheinend überaus zufrieden und es wurden in der Diskussion eigentliche Bedenken gegen den Antrag überhaupt nicht vorgebracht. Es wurde zwar von einem Redner die Ansicht vertreten, daß alles Beraten nichts nütze, weil schließlich der Gantag doch einen Strich durch die Rechnung machen könne; diese Ansicht erschien aber nicht stichhaltig, denn die zum Gantage delegierten Kollegen werden angesichts der Notwendigkeit sich nicht verschließen können, ihre Zustimmung zur Schaffung eines derartigen Postens zu geben. — Da noch ein wichtiger Tagesordnungspunkt seiner Erledigung harrete, konnte die Debatte leider nicht zu Ende geführt werden und wurde, um die Aussprache in keiner Weise zu beschneiden, die weitere Diskussion, sowie die Beschlußfassung auf die nächste Versammlung vertagt.

## Mündschau.

Extraktieren für die Crimmitzschauer Ausgesperrten führten weiter ein: Ortsverein Elmshorn-Barmstedt (10 Pf.), Mitgliedschaft München (freiwillig), Ortsverein Düsseldorf (15 Pf.), Ortsverein Danzig (10 Pf.), Ortsverein Gena (10 Pf.), Mitgliedschaft Buzlau (10 Pf.), Bezirksverein Mainz (10 Pf.), Ortsverein Königsberg (20 Pf.). — Wir ersuchen wiederholtlich die Vereinsfunktionäre, unserer Geschäftsstelle keine Gelder für Crimmitzschau zu übersenden, sondern solche an G. Treue in Berlin O, Kronprinzenstraße 7, direkt abzuführen. Wir nehmen nur Mitteilungen über die geleistete Hilfe entgegen, um später über die Solidarität der Buchdrucker Ausweis geben zu können.

Die von der Typographia-Berlin veranfaßte Mattinee zum Besten der Crimmitzschauer Ausgesperrten hat einen Ueberfluß von 1252,30 Mk. ergeben. Dieses erfreuliche Resultat ist mit erzielt worden durch die unentgeltliche Mitwirkung der Frau Paula Weinbaum

Ernst Breczang, Albert Massini, Alexander Weinbaum und Alfred Wittenberg, welchen dafür Dank und Anerkennung gebührt.

Als Paletotmacher wurde der Schriftsetzer Doß in der Berliner Universität abgefaßt.

Wegen der Nichtangehörigkeit von vier Setzerinnen zur Organisation traten die Setzer der Druckeret Romwalter in Debenburg (Magern) in den Ausstand, die Setzer der übrigen dortigen Druckereien erklärten sich mit denselben solidarisch.

Ein Konkurrenz-Statklub scheint, wie ein Eingekandt in Blankes Buchdrucker-Zeitung glauben machen will, das lange gesuchte Alheilmittel gegen die gewerbschädliche Unterbetriebsmanie bei unseren Prinzipalen zu sein. Der Eingekandt erzählt in anziehender Weise, wie er seinen lieben Kollegen den Standpunkt über die von ihnen betriebene Schmutzkonkurrenz klar gemacht, wie sie dann zur Einsicht gekommen und in schönster Seelenharmonie alle geschäftlichen Schwierigkeiten gemeinsam berieten und schließlich in allen beruflichen Akten einander solidarisch ausstießen. Und dieses Wunder hatte bewirkt ein einfacher, solcher Dauerstat!!! Nach der Entdeckung des Radiums scheint also der Konkurrenz-Statklub die ingenieusöse Erfindung des Jahres 1903 zu sein — möge sie sich darum verbreiten in alle deutschen Lande, damit der Giftbaum der unlauteren Konkurrenz bald und für immer entblättert werde.

Zu keinem Resultate haben die Verhandlungen gegen das Schmiergelberunwesen geführt. Die zu diesem Zwecke in Leipzig getagte Konferenz der Schriftsetzervereine, Maschinen- und Papierfabrikanten unter Leitung des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins ging, wie wir erst jetzt erfahren, nach zweitägiger Beratung ergebnislos auseinander.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission wird mit dem neuen Jahre ein literarisches Verzeichnis einführen, in welchem alle Berichte, Protokolle, Statistiken, Denkschriften und Eingaben von Organisationen, Kartellen, Arbeitersekretariaten, Ortskrankenkassen, Hilfskassen und Gewerbegerichteten Registrierung finden werden. Auch die Gewerkschaften anderer Richtungen werden um Einfindung ihres Materials erjudt.

Zum Leipziger Kartekonflikt ist noch mitzutheilen, daß die von den Ärzten geforderte Erhöhung der Pauschale auf 4 Mk. für Ledige und 12 Mk. für Verheiratete nur eine Abschlagszahlung darstellt. Vom Jahre 1907 ab wird nämlich eine alljährliche Erhöhung um 30 Pf. pro Kopf verlangt, bis 90 Proz. der Lage von 1889 erreicht sind. Ueber die in den Vordergrund gestellte Forderung der freien Arztwahl haben die Herren eine etwas eigenartige Auffassung. In einem dem Kassenvorstande unterbreiteten Vertragsentwurf befindet sich nämlich der Passus: „Die Ortskrankenkasse verpflichtet sich, die Namen der Ärzte ihren Mitgliedern in geeigneter Weise bekannt zu geben und die Mitglieder anzuweisen, einen der ihnen zunächst wohnenden Ärzte zu Rate zu ziehen und dessen Weisungen streng zu befolgen.“ Danach wird in verschleierte Form die Einführung von Disziplinarstrafen verlangt, wie dieses System im gewissen Sinne früher schon bestanden. Der Kranke hätte also nur unter sechs bis zehn Ärzten die Auswahl, während er jetzt unter den etwa 300 Rassenärzten den Mann seines Vertrauens sich suchen darf. Berteidigt Kollege Kaumanns auch diese Definierung des Begriffes „freie Arztwahl“?

Zu Döbenburg haben bei der diesmaligen Rassenkassenvertreterwahl die Ärzte selbst eingegriffen. Sie stellten nach ihrem Geschmade eine Liste der Vertreter zusammen und gaben auch ein Flugblatt an die Kassensmitglieder heraus und das alles, um für ihre Forderungen Stimmung zu machen. Vorkäufig erreichten sie aber nur eine so große Beteiligung an dem Wastakte, daß ein neuer Wahlgang angelegt werden mußte. Dieses Verfahren der Ärzte ist jedenfalls noch nirgends in die Erscheinung getreten.

Die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit sollen vom Reichsausschuss des Innern einer Neuordnung unterzogen werden nach der Richtung, daß eine weitere Einschränkung der Sonntagsruhe in den Gewerbebetrieben Platz greifen wird.

Die Beschränkungen für Frauen in der Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen in Preußen sollen durch eine zum Vereinsgesetz von 1850 im Landtage eingebrachte Novelle in der Hauptsache beseitigt werden.

Zu Australien ist in drei Bundesstaaten Mitte Dezember zu den Wahlen für das Bundesparlament das Frauenstimmrecht zum ersten Male in Anwendung gekommen. Die Beteiligung der Frauen und Mädchen soll recht rege gewesen sein, meistens vereinigten sich deren Stimmen auf den gleichen Kandidaten wie die der Männer. Die weiblichen Wahlberechtigten sind aber auch wahlfähig, doch scheint kein Femininum bis jetzt zu dieser Ehre gelangt zu sein. Die Arbeiterpartei, die nicht spezifisch sozialdemokratisch, hat 29 Sitze inne.

Ein Verband der Friedhofsbekannteten Deutschlands ist in Leipzig gegründet. Berlin wird der Sitz der neuen Organisation sein, die jedoch nur die Interessen der Beamteten vertreten will. Das ist jedenfalls nicht hübsch. Man sollte doch auch die armen Totengräber mit zulassen, damit deren in früheren Nummern geschilderten Notlage, infolge der geringen Sterbefälle in kleinen Gemeinden, durch eine — Arbeitslosen-Unterstützung begünstigt werden kann.

Ueber die Lage der Postunterbeamten wollte Herr von Gerlach in Hamburg einen Vortrag halten, doch auf die ihm gewartet, kamen nicht und was da war, bestand aus Abgeordneten, die da späten sollten. In einer Verfügung an die einzelnen Direktoren hatte nämlich die Oberpostdirektion Hamburg den Besuch dieser Versammlung den Unterbeamten direkt unterjagt, weil in einem früheren Erlasse es als unpassend bezeichnet worden ist, in Beamtensammlungen Gelegenheit zu geben, agitatorisch durch aufreizende, die Organe der Reichsregierung und insbesondere die vorgelegten Dienstbehörden herabsetzende Reden die Einmütigkeit vertrauensvollen Zusammenarbeitens in der Beamtenschaft zu untergraben und weil ferner der Chef der Verwaltung gegen die Ausdehnung der Postunterbeamtenvereine über mehrere Oberpostdirektionsbezirke Stellung genommen hatte. Und dabei ist Gerlach ein Parteigänger von Naumann und Barth, also kein „gewöhnlichsnächtiger Geher“. Demonstriert man demnach augenfällig die Rechtsungslosigkeit, dann wird auch mit dem vom Scharfmacherchorus jetzt wieder geforderten Ausnahmegezeuge gegen die Sozialdemokratie nichts erreicht werden; der Zufuß ist durch die Wirkung solcher Vorgänge durch nichts einzudämmen.

Am 9. Dezember war die Feuerbestattung in Deutschland 25 Jahre eingetührt; zu dem ersten in Gotha errichteten Krematorium hatten Friedrich Siemens und Richard Schneider Versuchsdöfen konstruiert. Im ganzen sind jetzt in Deutschland neun Krematorien in Betrieb, von denen das in Gotha noch immer am meisten in Anspruch genommen wird.

Die Versammlungsfreiheit in Preußen ist doch kein leerer Wahn. Gelegentlich des vielerörterten Metallarbeiterstreiks bei Westlich in Berlin waren von der Polizei einige Versammlungen der Ausständigen verboten wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Eine beim Oberpräsidenten der Provinz dagegen erhobene Beschwerde hatte keinen Erfolg; auf diese Instanz hielt die Maßnahmen der Polizei für berechtigt. Diefelbe sei verpflichtet gewesen, gegen eine Versammlung einzuschreiten, wenn durch sie, abgesehen von einem Mißbrauche des Versammlungsbrechtes, andere dem Schutze der Polizei vertraute Interessen gefährdet würden. Vorliegend seien aber bei der Wahl der Tagesstunden, wo die Versammlung stattfinden sollte, zu befürchten gewesen, daß die an den Versammlungen beteiligten Ausständigen Arbeiter der Fabrik von Westlich mit den nichtausständigen Arbeitern dieses Betriebes in der Sophienstraße, wo sowohl die Fabrik als auch das Versammlungsklokal liege, zusammenstreffen und bei der herrschenden Erbitterung in Streit geraten und den Verkehr auf der Straße mit ihnen behindern würden. Das nunmehr angerechnete Verwaltungsgericht setzte die Versammlungsverbote außer Kraft. Die Befugnisse aus § 10 II 17 des allgemeinen Landrechtes würden begrenzt durch das Vereinsgesetz. Und danach sei die Polizei nicht befugt, Versammlungen in geschlossenen Räumen wegen der Befürchtung zu verbieten, daß die Teilnehmer Ausschreitungen begehen würden. Der Polizeipräsident habe hier in das Versammlungsrecht eingegriffen, das Verbot müsse deshalb aufgehoben werden. Wenn die Polizei in Berlin also mit ihren damaligen Versammlungsverboten auch ihren Zweck erreicht und bei gleichen Umständen wieder zu solchen unberechtigten Maßnahmen schreiten sollte — die Erfahrung hat in dieser Beziehung schon zu manchem gelehrt — so ist ein Vergleich mit den beschriebenen Praktiken in Crimmitschau doch insofern von großer Bedeutung, als in Sachsen alle Instanzen die Versammlungsverbote in Crimmitschau gut geheißen haben. Danach ist nach dem innerhalb der grünen Grenzpfähle herrschenden Rechte verboten, was in Preußen auf Grund des auch nicht seit gestern bestehenden Landrechtes gestattet ist. Die verbriefte Rechtsgarantie des deutschen Volkes werden immer unwahrscheinlicher, je öfter mit demselben die Probe auf das Exempel gemacht wird.

Ueber die Versicherungspflicht der Wäschfrauen ist kürzlich vom Reichsversicherungsamt wieder eine Feststellung getroffen, die Beachtung verdient. Als von entscheidender Bedeutung wurde im vorwärtigen Falle angesehen, ob zwischen der Wäscherin und ihrer Arbeitgeberin ein mit persönlicher Abhängigkeit verbundenes Lohnverhältnis bestanden hat. Diese Frage mußte verneint werden, denn wenn auch die Wäschfrau immer des Montags die gebrauchte Wäsche abzuholen und sie des Mittwochs gewaschen zurückzuliefern hatte, so können doch darin Merkmale der persönlichen Abhängigkeit nicht erblickt werden. In der Zwischenzeit unterstand sie nicht der Ueberwachung der Arbeitgeberin, konnte vielmehr über die Art der Erledigung ihrer Arbeit nach freiem Ermessen verfügen, insbesondere bestand für sie keine Vorschrift über die Wahl eines Waschplatzes und sie war auch nicht an bestimmte Arbeitsstunden gebunden. In dieser Hinsicht war ihr vielmehr freie Hand gelassen. Der Umstand, daß die für die Wäsche erforderliche Seife von der Arbeitgeberin geliefert wurde, ist ohne Belang. Ein derartiges Arbeitsverhältnis kann also nicht als versicherungspflichtig betrachtet werden.

Der Ernteertrag in Preußen für 1903 ist der günstigste der letzten zehn Jahre gewesen, nur beim Winterweizen war im vorigen Jahre und bei Kartoffeln in den Jahren 1893, 1901 und 1902 der vom Hektar erzielte Ertrag etwas höher. Es wurden geerntet von: Winterweizen 1759952 Tonnen (1902: 2260335), Sommerweizen 396751 (164241), Winterroggen 7236328 (7035035), Sommerroggen 77337 (68406), Sommer-

gerste 1823557 (1664496), Hafer 5172140 (4902672), Kartoffeln 28763738 (29652288), Klebweizen 6292779 (5935406), Luzerneheu 483905 (498312) und Wiesenheu 13147193 (12966695) Tonnen. Der Kartoffelertrag hat durch die infolge der Mäße entstandene Kartoffelkrankheit sehr gelitten, während der Durchschnittsertrag der Erntungen von 1893 bis 1902 sich auf 4,7 Proz. belief, stellte er sich in diesem Jahre auf 6,4 Proz. Die armen Agrarier fabulieren natürlich trotz alledem von einer Notlage der Landwirtschaft.

Den Mauerern soll nun ebenfalls die Maschine gefährlich werden, wenn sonst die von einem Engländer erfundene Mauermaschine das hält, was von ihr versprochen wird. Der neue Apparat wird zwischen Krühhörnern vorrichtungen hin und her bewegt, wozu nur ein Mann erforderlich ist. Außerdem muß von einer andern Person der Mörtel vor der Maschine ausgebreitet werden, während eine dritte Hilfsperson die Steine zuführt. Diese drei Leute können mit der neuen Mauermaschine in der Stunde 500 bis 600 Steine verarbeiten; hierbei ist noch zu bemerken, daß nach der Angabe des Erfinders ungelernete Arbeiter leicht angeleert und verwendet werden können. Da zurzeit die Leistung eines Mauerers in einem neunstündigen Arbeitstage etwa 500 Steine beträgt, von drei Mauerern also pro Tag 1500 Steine verarbeitet werden, so stellt sich die Leistung der Maschine mit ihren drei Hilfskräften in der gleichen Zeit auf mehr als das Dreifache der Handarbeitleistung.

Die Drostentkutscher in Berlin sind teilweise in den Ausstand getreten und werden eine Ausdehnung des Streiks nur schrittweise eintreten lassen, bis jetzt sind 20 Fuhrhöfe von dem Ausstande betroffen. Die gestellten Forderungen sind: 1,50 Mk. Grundlohn und 30 Proz. der Einnahme. Die Werbung von einer in größerem Umfange geplanten Ausperrung ist wohl nur ein Schreckschuß, denn die Fuhrherren werden sich doch das Weisungsgeld nicht gänzlich verderben wollen. — In Jena ist einer Anzahl von Schneidern gekündigt, weil sie den von der Unternehmerorganisation allenthalben vorgelegten Arbeitsvertrag nicht anerkennen wollten. Aus diesem Anlasse dürften überhaupt im Schneidergewerbe noch größere Konflikte stattfinden.

### Briefkasten.

H. G. E.: In Ihrem Berichte war uns der Ausdruck „nervus rerum“ deshalb unverständlich, weil er ganz falsch angewandt war. Sie wollen jedenfalls „spiritus rector“ sagen. — K. N. in Hanau: Einzelfälle, die zur Kritik herausfordern, bringen Sie am besten im Ortsvereine vor, das Uebrige ist aus mancherlei Gründen nicht aufnahmefähig. — Sch. in Düsseldorf und andere: Wir führen alle uns zugehenden Mitteilungen über den Crimmitschauer Webern geleistete Hilfe in unsrer Liste, die — wie schon des öfters bemerkt — nach Beendigung des Kampfes veröffentlicht wird. Von für den gleichen Zweck eingeführten Extrasteuern nehmen wir fortan nur in der knappen Form wie in den letzten Nummern Notiz, die Häufung der jetzt bei uns eingehenden Angaben verbietet ein Mehr. Im übrigen dürfte den einzelnen Orten mit der Bekanntgabe der Gesamtleistung später besser gebiet sein, als mit teilsförmigen Veröffentlichungen. — F. H. in Bremen: Der Prinzipal ist in diesem Falle dazu berechtigt, wenn es auch nicht schön ist. Uebrigens kommt es in Ihrem Falle noch auf besondere Umstände an, die wir natürlich nicht kennen. — K. N. in Mannheim: War der Vortrag wirklich so interessant, stellen wir selbstverständlich den notwendigen Raum zur Verfügung. Aber wir kaufen die Karte nicht im Saale und müssen erst prüfen, ob das von Ihnen behauptete zutrifft. Wollen Sie unter dieser Bedingung antworten? — G. B. in Mainz: Das, was den Crimmitschauer Streik betrifft, wird separat behandelt; das Uebrige hat für die Allgemeinheit kein besonderes Interesse. — W. G. in M.: So, wie Sie die Frage gestellt haben, bedurfte es doch keiner Antwort im Briefkasten des Corr. Wir trauen aber in dieser Beziehung Ihrer Anfrage nicht, denn Sie scheinen etwas anderes damit zu verfolgen, das beweist schon, daß Sie die Spuren vermissen wollen, woher die Anfrage kommt. Warum nicht die richtigen Anfangsbuchstaben Ihres Namens und warum den Ort nicht aussetzen? Wenn Sie ein richtiges Verbandsmitglied sein wollen, bringen Sie Ihre Beschwerde doch im Ortsvereine vor. — D. K. in Freiberg: 40 Pf. Grub.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 5, III.

#### Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Fröbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Chalet du Midi, chemin Jurigoz; die italienische Schweiz an F. Balocchi, Lugano, Via Ruova 13;

Elsäß-Lothringen an Alphons Schmolli, Straßburg, Langestraße 146; Oesterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25, 4. Stiege, II. Stock 33; Belgien an Wilh. Scharge, Place de la Duchesse 6, Brüssel; Ungarn an Julius Peidl, Budapest VIII, Státhy-utca 7; Preßburg an Samu Löwy, Preßburg, Michaelergasse 16; Holland an S. Holz, Amsterdam, Bloemstraat 60Huz; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12K.

Berlin.

#### Der Verbandsvorstand.

Bezirk Brandenburg. Die Druckerei von Lamprecht in Kegin a. H. ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Der Bezirk Kößlin, zu welchem die Orte Belgard, Bublitz, Bitow, Kößlin, Kolberg, Lauenburg i. Pom., Polzin, Nummelsburg i. Pom., Mügenwalde, Schlaue und Stolp gehören, tritt am 1. Januar in Funktion. Der Vorstand besteht aus den Kollegen Julius Pinz, Immenstraße 10, Vorküssener; Albert Schwieger, Rosenstraße 15, Kassierer; Karl Bandow, Schriftführer; sämtlich in Kößlin.

Magdeburg. Vorstand für 1904: Paul Dutke, Cracau bei Magdeburg, Magdeburgerstraße 9, Vorküssener; Adolf Reimert, Gr. Mühlenstr. 1a, Kassierer; Ludwig Ebermann, Träßberg 34, Reisekassierverwalter. — Die Druckerei von H. Lacker, Magdeburg-Neustadt, ist für Verbandsmitglieder gesperrt. (Siehe Korrespondenz.)

Itzehoe (Holstein). Der Vorstand unsers Ortsvereins für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: H. Seliger, Kapellenstraße 7, Vorküssener; H. Loh, zweiter Vorküssener; Peter Umschler, Kaiserstraße 12, Kassierer; H. Lindemann, Schriftführer; G. Hühn, Bibliothekar und Beisitzer.

Jahr. Der Geher Joseph Adler aus Deggendorf wird ersucht, seine Adresse umgehend an E. Sauter hier selbst, Sammlstraße 23, gelangen zu lassen betreffs wichtiger Mitteilungen. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, A. auf diese Mitteilung aufmerksam zu machen.

Trebbin. Die Geher Künemann, Kramer, Dejer, Lennig, Wolter werden darauf aufmerksam gemacht, daß in der am 2. Januar abzuhaltenden Versammlung ihr Ausschluß wegen hinterlassener Rente erfolgt. Wenn sich der Geher Kramer nicht sofort beim Kassierer Karl Seidenberg (Buchdruckerei G. Reimer) meldet, wird das Gericht in Anspruch genommen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Duisburg der Geher Georg Eden, geb. in Bremen 1877, ausgel. das. 1896; war schon Mitglied. — In Meiderich der Maschinengeher Wilhelm Kreis, geb. in Geimar b. Wittingen 1882, ausgel. in Wittingen 1901; war schon Mitglied. — In Mühlheim (Ruhr) der Drucker Hubert Spitz, geb. in Holthausen 1885, ausgel. in Mühlheim (Ruhr) 1903; war noch nicht Mitglied. — B. Uhlbrand in Duisburg, Aufnahme 17.

In Hagen i. W. der Geher Heinrich Unkel, geb. in Bonn 1876, ausgel. in Dortmund 1893; war schon Mitglied. — Louis Lorenz, Fleyerweg 1c.

In Hamburg i. der Stereotypenver. E. Gemünd, geb. in Brilon 1874, ausgel. in Bonn 1895; war noch nicht Mitglied; die Geher 2. M. J. V. West, geb. in Hamburg 1851, ausgel. das. 1870; 3. Emil Kurze, geb. in Duedlinburg 1858, ausgel. das. 1877; 4. C. E. F. Bandow, geb. in Parchim 1859, ausgel. in Hamburg 1878; 5. Heinrich Schlüter, geb. in Wulfsmoor 1859, ausgel. in Hamburg 1877; 6. Ludwig Upphoff, geb. in Hamburg 1859, ausgel. das. 1877; waren schon Mitglieder. — H. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 40, I.

In Rawitsch i. der Drucker Arthur Better, geb. in Ghrütz 1879, ausgel. das. 1897; die Geher 2. Richard Knote, geb. in Leipzig 1865, ausgel. das. 1883; waren schon Mitglieder; 3. Rudolf Seibel, geb. in Jahn 1883, ausgel. in Grünberg i. Schl. 1901; 4. Arth. Freiliger, geboren in Kosel (D.=Schl.) 1885, ausgel. in Wöhlau 1903; waren noch nicht Mitglieder. — In Schrimm Paul Borys, geb. in Königshütte 1883, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Lissa August Tischer, geb. in Liebenthal 1884, ausgel. in Müllisch 1903; war noch nicht Mitglied. — F. Wagner in Posen O., St. Martin 37, S.=P. III.

#### Arbeitslosen-Unterstützung.

Hauptverwaltung. Wie in früheren Jahren, so können auch diesmal wieder die Herren Reisekassierverwalter denjenigen reisenden Kollegen, welche sich die Weihnachtstage an irgend einer Bahnhalle aufzuhalten gebunden, diese Tage bei der Burett mit ausbezahlen. Jedoch ist hierbei zu beachten, daß dann, wenn die Reise-tage bis einschließlich den 26. Dezember vergütet werden, die Legitimation zur Weiterreise mit dem Datum des 27. Dezember versehen sein muß.

### Zentral-Kommission der Maschinengeher Deutschlands.

Wegen vorläufiger Behinderung des ersten Vorküssener sind alle Zuschriften bis auf weiteres an den zweiten Vorküssener Adam Duit, Berlin S 59, Wismanstr. 43, II, zu senden.

